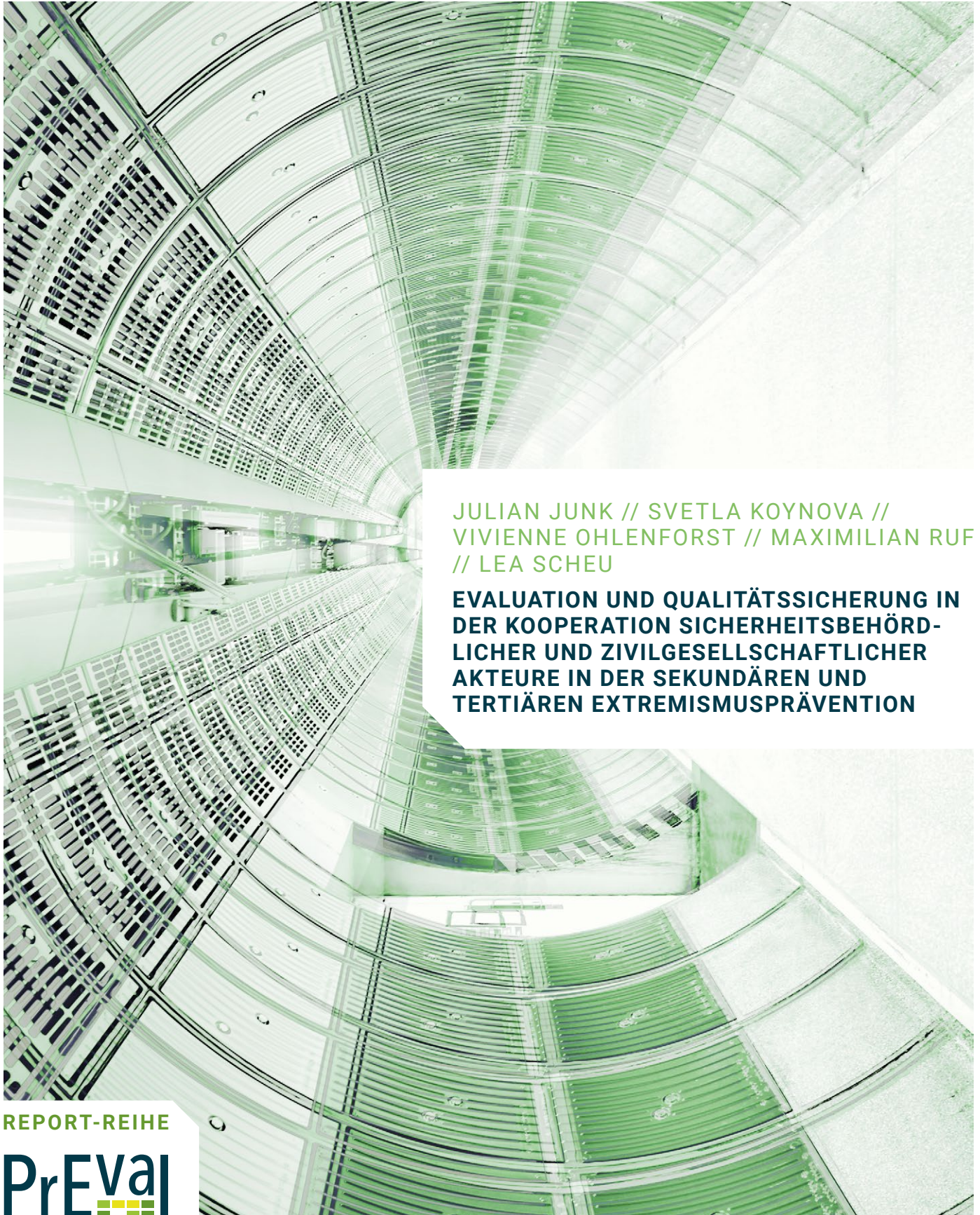


PRIF REPORT

PEACE RESEARCH INSTITUTE FRANKFURT / LEIBNIZ-INSTITUT HESSISCHE STIFTUNG FRIEDENS- UND KONFLIKTFORSCHUNG



JULIAN JUNK // SVETLA KOYNOVA //
VIVIENNE OHLENFORST // MAXIMILIAN RUF
// LEA SCHEU

**EVALUATION UND QUALITÄTSSICHERUNG IN
DER KOOPERATION SICHERHEITSBHÖR-
DLICHER UND ZIVILGESELLSCHAFTLICHER
AKTEURE IN DER SEKUNDÄREN UND
TERTIÄREN EXTREMISMUSPRÄVENTION**

REPORT-REIHE

PrEval

PRIF Report 8/2022

**EVALUATION UND QUALITÄTSSICHERUNG
IN DER KOOPERATION
SICHERHEITSBEHÖRDLICHER UND
ZIVILGESELLSCHAFTLICHER AKTEURE
IN DER SEKUNDÄREN UND TERTIÄREN
EXTREMISMUSPRÄVENTION**

JULIAN JUNK // SVETLA KOYNOVA // VIVIENNE
OHLENFORST // MAXIMILIAN RUF // LEA SCHEU

LEIBNIZ-INSTITUT HESSISCHE STIFTUNG FRIEDENS- UND KONFLIKTFORSCHUNG (HSFK)
PEACE RESEARCH INSTITUTE FRANKFURT (PRIF)

Coverbild:

Lizenzinformationen: Stefan Kunze via unsplash <https://unsplash.com/photos/v8SjXTT10GA>,
Unsplash Lizenz (Bearbeitung: Anja Feix).

Textlizenz:

Creative Commons CC-BY-ND 4.0 (Namensnennung/Keine Bearbeitungen/4.0 International).
Das Coverbild unterliegt eigenen Lizenzbedingungen.

Adresse:

Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)
Baseler Straße 27–31
60329 Frankfurt am Main
Telefon: +49 69 95 91 04-0
E-Mail: preval@hsfk.de
<https://www.hsfk.de>

DOI: 10.48809/prifrep2208

ISBN: 978-3-946459-77-4

DIE AUTOR:INNEN

Dr. Julian Junk ist Politik- und Verwaltungswissenschaftler. Er leitet die Forschungsgruppe „Radikalisierung“ an der HSK und das HSK-Büro in Berlin. Er koordiniert den *PrEval*-Forschungsverbund. Er forscht und lehrt zu Radikalisierung und politischer Gewalt, zu Sicherheitspolitik und internationalen Interventionen sowie zu Methoden der empirischen Sozialforschung.

Svetla Koynova ist Politikwissenschaftlerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin bei Violence Prevention Network (VPN). Ihre Forschungsschwerpunkte umfassen Monitoring-, Evaluations- und Lernprozesse, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Radikalisierung.

Vivienne Ohlenforst ist Politikwissenschaftlerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin bei Violence Prevention Network (VPN) und modus|zad in Berlin. Ihre derzeitigen Arbeitsschwerpunkte liegen in der Planung und Durchführung von formativen Evaluationen in der Extremismusprävention und der Erforschung von Distanzierungsprozessen.

Maximilian Ruf ist Islam- und Sozialwissenschaftler. Er ist stellvertretender Leiter des Fachbereichs Wissenschaft bei Violence Prevention Network (VPN). Seine derzeitigen Arbeitsschwerpunkte sind die Erforschung von Prozessen individueller Deradikalisierung, die engere Verzahnung von Wissenschaft und Praxis in der Extremismusprävention und europäische Netzwerkarbeit. Neben seiner Tätigkeit für VPN ist er auch Research Fellow bei modus|zad.

Lea Scheu ist Politikwissenschaftlerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin an der HSK. Ihre Forschungs- und Arbeitsschwerpunkte liegen auf der Evaluation von Maßnahmen der sekundären und tertiären Extremismusprävention, dem Umgang staatlicher Akteure mit religiös begründetem Extremismus und dem Wissenstransfer.

HSFK-Reportreihe *PrEval*

Über die Evaluation und die wissenschaftliche Begleitung von Maßnahmen der Extremismusprävention und von Angeboten der politischen Bildung wird aktuell in Fachpraxis und Wissenschaft vielfältig diskutiert. Das liegt nicht zuletzt daran, dass über verschiedene Programme auf Ebene des Bundes, der Länder und der Kommunen seit einigen Jahren immer mehr Fördermittel für solche Maßnahmen bereit stehen, die Fachpraxis sich immer vielfältiger, innovativer und professioneller aufstellt und auch die Forschung zu den Phänomenfeldern, aber auch zu Evaluationsmethoden stetig Fortschritte macht. Folgerichtig fordert beispielsweise auch der Kabinettsausschuss zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus in seinem Maßnahmenpaket eine langfristige Stärkung der Qualität und Wirksamkeit von Präventionsmaßnahmen und knüpft damit an zahlreiche Initiativen von Bundes- und Landesregierungen, von Fachpraxis und Wissenschaft an.

Das Forschungs- und Transfervorhaben *PrEval* (Evaluationsdesigns für Präventionsmaßnahmen – Multimethodische Ansätze zur Wirkungsermittlung und Qualitätssicherung in der Extremismusprävention sowie den Schnittstellen zur Gewaltprävention und politischen Bildung) setzt hier an. Ziel des Projekts ist es, im Dialog aller an Evaluation in diesem Feld beteiligten Akteursgruppen den aktuellen Wissensstand zu Qualitätssicherung und Evaluation in der Extremismusprävention, der Gewaltprävention und der politischen Bildung zu erheben und gemeinsam Evaluationsdesigns, gerade an den Schnittstellen zwischen verschiedenen Präventionsbereichen, Zugängen, Phänomenfeldern und Akteuren, zu erarbeiten. Dabei befasst sich *PrEval* mit Maßnahmen aus der politischen Bildung, der primären, sekundären und tertiären Prävention sowie Schnittstellen zur Gewalt- und Kriminalprävention. *PrEval* nutzt Analyse-, Monitoring- und Mapping-Formate und entwickelt multimethodische Evaluationsdesigns im Rahmen von ausgewählten Pilotstudien. Ein zentraler Mehrwert des Vorhabens ist die Einbindung verschiedener Präventionsakteure – aus der Fachpraxis, den Sicherheitsbehörden, aus der Verwaltung und der Wissenschaft.

Die *PrEval*-Reportreihe fasst die zentralen Ergebnisse des Projekts zusammen. Dabei wird zum einen ein systematischer Überblick über die Evaluationsbedarfe der deutschen Trägerlandschaft in den Präventionsfeldern Islamistischer Extremismus und Rechtsextremismus geboten, die bestehenden Kapazitäten für Evaluation und wissenschaftliche Begleitung von Präventionsmaßnahmen erhoben sowie Evaluationsstrukturen international vergleichend analysiert. Zum anderen werden multimethodische Evaluationsdesigns vorgestellt, die im Rahmen der *PrEval*-Pilotstudien für spezifische Präventionsmaßnahmen in enger Zusammenarbeit mit den Trägern (und teilweise auch Mittelgebern) dieser Maßnahmen entwickelt wurden. Möglichkeiten und Grenzen von wissenschaftlicher Begleitung werden diskutiert. Die zehn Beiträge der Reihe eint ein breites Verständnis von Evaluation, um den Komplexitäten des Felds und der darin verorteten Maßnahmen gerecht zu werden. Gleichwohl setzt jeder Report eigene, dem jeweiligen Thema angepasste Akzente in der Begriffsverwendung.

Das *PrEval*-Projekt wird vom Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) koordiniert und von einem Verbund aus Forschungsinstituten und Trägern aus der Fachpraxis gestützt. Mehr Informationen zum Projekt: <https://preval.hsfk.de>

Übersicht über alle Titel der *PrEval*-Report-Reihe

Erfolgsbedingungen und Herausforderungen für die Zusammenarbeit von Fachpraxis und Wissenschaft bei der Evaluation von Angeboten politischer Bildung von Raphaela Schlicht-Schmälzle // Désirée Theis // Sina Tultschinetski // Melanie Verhovnik-Heinze // Christian Kautz // Maryam Kirchmann. PRIF Report 5/2021.

Erfahrungen aus der Evaluationsplanung eines Aussteigerprogramms. Voraussetzungen für Wirksamkeitserfassung in der tertiären Extremismusprävention von Mona Klöckner // Svetla Koynova // Johanna Liebich // Lisa Neef. PRIF Report 6/2021.

Webvideos und Livestream zur Aufklärung über Desinformation. Evaluationsansätze zu digitalen Formaten in der politischen Bildung von Désirée Theis // Melanie Verhovnik-Heinze // Stefan Kroll // Keshia Kierek, PRIF Report 8/2021.

Multimethodische Evaluationsdesigns: eine Erhebung der sozialwissenschaftlichen Praxis von Mona Klöckner // Melanie Verhovnik-Heinze // Raphaela Schlicht-Schmälzle // Reiko Nakamura // Julius Strunk. PRIF Report 1/2022.

Klientenzentrierte Evaluation in Multi-Agency-Settings der Extremismusprävention – Möglichkeiten und Grenzen eines wirkungsorientierten Vorgehens von Susanne Johansson // Julian Junk // Johanna Liebich // Dennis Walkenhorst, PRIF Report 6/2022.

Monitoring, Evaluation und Lernen: Erfahrungen und Bedarfe der Fachpraxis in der Prävention von Rechtsextremismus und Islamismus von Svetla Koynova // Alina Mönig // Matthias Quent // Vivienne Ohlenforst, PRIF Report 7/2022.

Evaluation und Qualitätssicherung in der Kooperation sicherheitsbehördlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure in der sekundären und tertiären Extremismusprävention von Julian Junk // Svetla Koynova // Vivienne Ohlenforst // Maximilian Ruf // Lea Scheu, PRIF Report 8/2022..

Weitere geplante Titel in dieser Reihe

Evaluationskapazitäten im Bereich der Extremismusprävention und der politischen Bildung in Deutschland von Andreas Uhl // Manuela Freiheit // Benjamin Zeibig // Andreas Zick.

Evaluation der politischen Bildung im Jugendstrafvollzug – Ansätze, Chancen, Herausforderungen von Sina Tultschinetski // Alisa Rieth // Désirée Theis.

Developmental Evaluation zur Begleitung von Entwicklungsprozessen in Projekten der Radikalisierungsprävention – Ein Anwendungsbeispiel von Olga Schmidt // Johanna Liebich // Mona Klöckner // Dennis Walkenhorst // Bacem Dziri.

Außerdem im Rahmen des *PrEval*-Projekts als GPPi-Study erschienen

Extremismusprävention evaluieren: Institutionelle Strukturen im internationalen Vergleich von Ase-na Baykal // Sarah Bressan // Julia Friedrich // Giulia Pasquali // Philipp Rotmann // Marie Wagner.

Wie kann in der Extremismusprävention Kooperation zwischen sicherheitsbehördlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren evaluiert und ihre Qualität verbessert werden? Um diesen Fragen nachzugehen, beleuchtet dieser Report, welche Möglichkeiten und Herausforderungen Kooperationsakteure mit Evaluation verbinden. Er arbeitet ihre verschiedenen Positionierungen heraus und leitet daraus Empfehlungen für die Evaluationspraxis ab. Datengrundlage ist eine explorative qualitative Studie aus dem Sommer 2021. In 40 ausführlichen semi-strukturierten Interviews mit Praktiker:innen (Sicherheitsbehörden, zivilgesellschaftlichen und staatlichen Beratungsstellen) und Expert:innen (Fach- und Kooperationsexpert:innen sowie Evaluierenden) wurden die Bedarfe und Erwartungen der beteiligten Akteure erfasst. Der Report erhebt keinen Anspruch auf Repräsentativität. Vielmehr geht es darum, die Perspektiven verschiedener an Kooperation beteiligter Akteure argumentativ abzubilden.

Verschiedene Akteure in der Extremismusprävention beschäftigen sich mit Personen, die durch extremistische Aussagen oder straffällige Handlungen auffällig werden, Teil einer extremistischen Vereinigung sind, die inhaftiert sind oder aus der Haft entlassen werden. Bundesweit engagieren sich unterschiedliche Institutionen und Netzwerke in der Begleitung dieser Personen. Zumeist bieten Beratungsstellen verschiedene Distanzierungsangebote an, die oft von Trägern aus der Zivilgesellschaft umgesetzt werden; zudem sind kommunale Ämter und Behörden involviert. In Fällen mit Sicherheitsrelevanz kommen zumeist noch die Polizei und die Justiz hinzu. Im Frühjahr 2021 empfahl der Bundeskabinettsausschuss zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus die Stärkung sicherheitsbehördlicher und zivilgesellschaftlicher Kooperation. Welche Kooperationsformate wie und mit welchem Ziel gestärkt werden sollen, ist aber weitestgehend unklar.

Kooperation beginnt im Verständnis dieses Reports bereits mit losen Kooperationsformaten der Vernetzung und wiederholter Kommunikation bzw. der Zusammenarbeit zwischen Akteuren in Alltagssituationen. Darüber hinaus gibt es in einigen Bundesländern auch enge Kooperationsformen, bei denen in regelmäßigen Treffen (z.B. Sicherheits- bzw. Fallkonferenzen) ein Austausch über sicherheitsrelevante Fälle stattfindet. Es mangelt bislang an Studien, die diese weit verstandene Kooperationspraxis evaluativ in den Blick nehmen. Unsere Erhebung unternimmt eine erste Bestandsaufnahme und präsentiert ein Mapping von in der Praxis und Forschung bestehenden Fragen für die Evaluation von Kooperation.

Insgesamt weist die Erhebung darauf hin, dass die Reflexion und der Austausch zwischen Praktiker:innen, aber auch eine Einbindung von externen Evaluierenden überwiegend als Mehrwert empfunden wird. Vorbehalte resultieren oft aus einer kritischen Haltung insbesondere gegenüber enger Kooperation, da hier einige zivilgesellschaftliche Akteure eine Unterordnung der eigenen Arbeit und Ziele unter sicherheitspolitische Erwägungen wahrnehmen oder befürchten. Zum Teil begründen sich die Vorbehalte gegenüber Evaluation auch in Ressourcenfragen oder fußen auf der Befürchtung von ungewollten Informationsflüssen, die verschiedene Gesichtspunkte der Vertraulichkeit tangieren. Für die Mehrheit der Befragten erscheinen Fragen der Evaluation und Qualitätssicherung ihrer Kooperationspraxis aktuell jedoch von hoher Relevanz. Insbesondere im Kontext enger Kooperationen ist es für eine Mehrzahl der Befragten wichtig, die Rollen der Akteure zu klären, Ziele zu erarbeiten und Verfahrensfragen abzustimmen (insbesondere Fragen zum Datenschutz). Aus Sicht der Autor:innen weisen die Bedarfe der Akteure darauf hin, dass zunächst die Struktur- und Prozessqua-

lität von Kooperationen und, in einem nachgelagerten Schritt, die Ergebnisqualität betrachtet werden sollte. In Bezug auf eine dauerhafte Qualitätssicherung von Kooperation kann, so ein Argument dieses Reports, Evaluation dabei unterstützen, Bewertungsmaßstäbe für die Kooperationspraxis zu erarbeiten. Zudem kann Evaluation erfassen, ob und unter welchen Bedingungen Kooperation für alle daran beteiligten Akteure eine angemessene Strategie darstellt.

Wie dieser Report darlegt, hat die wissenschaftliche Begleitung von Kooperationen zwischen zielgesellschaftlichen und sicherheitsbehördlichen Akteuren das Potenzial, die Bedarfe der Akteure nach Klärung von Verfahren und Zielen von Kooperation aufzugreifen. Die Absicht der Autor:innen ist es, die diversen Perspektiven der Akteure zusammenzuführen und genannte Potenziale für die Evaluationspraxis vorzustellen.

Folgende Empfehlungen, die für ein Gelingen von bedarfsgerechter Evaluation in Kooperationen zu beachten sind, lassen sich aus der Erhebung zusammenfassend ableiten:

1. Planung: Befragte empfahlen den Wissensaufbau, um Kooperationskontexte weiter zu fördern, indem langfristige Zeiträume für wissenschaftliche Begleitung und mehr finanzielle Ressourcen zur Professionalisierung der Netzwerkarbeit im Feld angeboten werden. Fachexpert:innen und Evaluierende sowie viele Praktiker:innen plädieren für begleitende Evaluationsprozesse, um dem Bedarf nach mehr Austausch, gegenseitigem Lernen und der damit einhergehenden Vertrauensbildung der Akteure untereinander Rechnung zu tragen. Ein grundlegendes Verständnis für die Erfahrungen und Ansätze der Praxis sollte bei den Evaluierenden von vornherein vorhanden sein.
2. Durchführung: Einige Akteure können es sich vorstellen, Evaluierende zur Untersuchung von Kooperationsformaten einzubeziehen, wenn die Anonymisierung und Pseudonymisierung von (Fall-) Dokumenten gewährleistet ist und/oder sie sich einer Sicherheitsüberprüfung unterziehen. Die Befragten betonten, dass der Aufwand durch die Einbindung von Evaluierenden im Verhältnis zum Mehrwert für die Kooperation stehen sollte.
3. Ergebnisvermittlung: Das Thema der Ergebnisvermittlung ist aufgrund vorheriger negativer Erfahrungen für viele Befragte wichtig. Hier empfehlen die Befragten u.a. mündliche und zielgruppengerecht fokussierte Formate der Präsentation, die sich auf die Relevanz der Erkenntnisse für die jeweilige Praktiker:innengruppe konzentrieren. Vor allem Sicherheitsbehörden bevorzugen einen geschützten Raum des Austauschs über Ergebnisse.

1. Einleitung	1
2. Datengrundlage	3
3. Der Evaluationsgegenstand: Kooperation in der Sekundär- und Tertiärprävention	5
4. Möglichkeiten und Herausforderungen von Evaluation in Kooperationskontexten	8
4.1 Planung	8
4.2 Durchführung	17
4.3 Ergebnisvermittlung und Berichterstattung	22
5. Fazit und Empfehlungen an Praxis, Forschung und Politik	26
Literatur	30

1. EINLEITUNG¹

In Deutschland haben sich in den letzten Jahren zahlreiche Kooperationsformen zwischen sicherheitsbehördlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren herausgebildet, die sich im Risiko- und Interventionsmanagement von haftentlassenen (terroristischen) Straftäter:innen, aber auch nicht strafällig gewordenen Risikopersonen im Bereich des religiös begründeten Extremismus engagieren (Frevel/John: 2014). Ziel der Kooperation ist es dabei oft, Informationen über und Einschätzungen zu einem Fall auszutauschen, über die erforderlichen Maßnahmen zu beraten und diese zu koordinieren. Die Tiefe des Austauschs in Bezug auf Details und Frequenz gestaltet sich hierbei sehr unterschiedlich. Besondere Signalwirkung auf die Zusammenarbeit von Akteuren der deutschen Präventionsarbeit hat der im November 2020 verabschiedete Maßnahmenkatalog des Kabinettsausschusses zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus, in welchem eine dringende Empfehlung zur Stärkung von sicherheitsbehördlicher und zivilgesellschaftlicher Kooperation im Themenfeld ausgesprochen wurde (Bundesregierung 2021: 51). Der Abschlussbericht des Ausschusses bekräftigte im Mai 2021 erneut die Bedeutung dieser Kooperation und des übergreifenden Austauschs, sowohl für die Verbesserung der Präventionsarbeit als für die Strafverfolgung und den Opferschutz (Bundesregierung 2021: 7–8). Doch nicht nur im Themenfeld Rechtsextremismus ist das Thema präsent (siehe u.a. Said/Fouad 2018: 6–8; Ruf/Walkenhorst 2021). Auch die zentralen Akteure der Zivilgesellschaft im Bereich des religiös begründeten Extremismus widmen diesen Themen immer wieder eigene Veranstaltungen und Veröffentlichungen (siehe z.B. KN:IX Fachtag 2021²) oder besprechen die zugehörigen Möglichkeiten und Herausforderungen im Rahmen übergeordneter Fragestellungen (u.a. KN:IX 2020: 22–24; 49–51; 72–74).

Die Konstellationen, in denen sich Akteure aus Zivilgesellschaft und Sicherheitsbehörden begegnen, sind ebenso vielfältig wie herausfordernd. Kooperation beginnt nach Verständnis der Autor:innen des vorliegenden Reports bereits mit losen Kooperationsformaten der Vernetzung und wiederholten Kommunikation bzw. der Zusammenarbeit zwischen Akteuren in Alltagssituationen. Es mangelt bislang an Studien, die diese weit verstandene Kooperationspraxis evaluativ in den Blick nehmen. Dieser Report fasst Erfahrungen und Einschätzungen aus der Praxis und Forschung zu Evaluation und Qualitätssicherung von Kooperationsformaten zwischen sicherheitsbehördlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren zusammen. Befragt wurden die Akteure zu verschiedenen Aspekten der Kooperationspraxis, die von einer wissenschaftlichen Betrachtung profitieren könnten, und zu praktischen und methodischen Möglichkeiten aber auch Grenzen, um Daten für entsprechende Untersuchungen auszuwerten. Damit knüpft der Report an eine politisch, administrativ, fachpraktisch und wissenschaftlich relevante Debatte der vergangenen Jahre an: die Weiterentwicklung von Qua-

1 Die Autor:innen des Reports danken insbesondere Olga Schmidt (VPN) für ihre intensive Mitarbeit und konstruktive Kritik an verschiedenen Entwurfsversionen. Weiterhin danken wir Stefan Kroll, Hanna Pfeifer, Susanne Johansson und Mona Klöckner für die gründliche Kommentierung – sowie allen Teilnehmenden des wissenschaftlichen Kolloquiums der HSFK. Susanne Johansson und Önder Ünal (VPN) waren ebenfalls an der Datenerhebung und Dennis Walkenhorst (VPN) an der Vorbereitung der Erhebung beteiligt. Julius Strunk (HSFK) hat uns bei der Durchführung und Auswertung der Interviews intensiv unterstützt. Des Weiteren unterstützte Levi Pfeuffer-Rooschütz bei der Überarbeitung des Textes.

2 <https://kn-ix.de/veranstaltungen/> (letzter Zugriff: 08.10.2021).

litätssicherung, Professionalisierung und Evaluation in der Extremismusprävention (Armborst et al. 2018; Scheuble/Scheele 2021). Dieser Report hat nicht zum Ziel, das Ob und Wie von Kooperation zu bewerten. Vielmehr geht es darum, im Vorfeld zu beleuchten, welche Möglichkeiten und Herausforderungen Kooperationsakteure mit Evaluation verbinden. Daraus leitet der Report Empfehlungen zur Gestaltung von Evaluation und Qualitätssicherung in diesen Kooperationsformaten ab.

Die Herausforderung für Evaluation und Qualitätssicherung in diesem Bereich besteht auch darin, dass der Evaluationsgegenstand selbst kontrovers ist. Es gibt zunächst ganz grundsätzlichen Gesprächsbedarf zur Ausgestaltung von Kooperationsformaten und auch Vorbehalte gegenüber der Kooperation: von Seiten der Zivilgesellschaft oft unter Verweis auf mangelndes Vertrauen gegenüber (Sicherheits-)Behörden und auf das Primat des Klient:innenschutzes; von Seiten einiger Behörden wiederum meist aufgrund des Geheimschutzes. Wird kooperiert, bestehen unterschiedliche Vorstellungen und (implizite) Annahmen zu verschiedenen Fragen, begonnen dabei, was eine Kooperation überhaupt ausmacht, bis hin zu der Frage, unter welchen Bedingungen Kooperation gelingen kann und wann welche Kooperationsformen in welchen Kontexten sinnvoll sind. Ein Teil der bestehenden Unsicherheiten in der Ausgestaltung von Kooperationsformaten kann auf eine begrenzte Informationslage zurückgeführt werden, da empirische Untersuchungen sich bisher nur auf wenige Kooperationsbeispiele konzentrieren (siehe auch Figlesthler/Schau 2021; Görgen et al. 2021). So ist die Kooperationspraxis in der Extremismusprävention nicht nur in Deutschland ein wissenschaftlich bislang unzureichend beleuchtetes Themenfeld. Lediglich aus skandinavischen Ländern kommen erste Studienergebnisse (etwa Sivenbring/Malmros 2019), für Deutschland stehen diese aber noch weitestgehend aus.

Der vorliegende Report rückt den Fokus auf konkrete praktische Herausforderungen in der Herstellung dieser Wissensbasis: Er lotet Möglichkeiten und Grenzen von Evaluationen aus, bestehenden Herausforderungen in Kooperationen zu begegnen. Wie können die beteiligten Akteure beim Aufbau von Wissen über die Qualität und die Organisation solcher Kooperationsprozesse unterstützt werden? Was gilt es über alle Stufen eines Evaluationsprozesses (Planung, Durchführung und Ergebnisvermittlung) bei der Gestaltung von Evaluation in diesem sensiblen Feld zu beachten? Auf Basis einer Auswertung von semi-strukturierten Interviews trägt der Report die unterschiedlichen Perspektiven verschiedener Akteure zusammen, die sich in engen und losen Kooperationsformaten bewegen und/oder über hohe Expertise zum Thema Evaluation verfügen. Sie wurden gefragt, welche Erwartungen, Erfahrungen und Bedarfe sie mit Blick auf Evaluationen in Kooperationskontexten der Extremismusprävention in Deutschland haben. Der Report richtet sich an Interessent:innen zum Thema der Kooperation in der Distanzierungsarbeit³ sowie an die Evaluationspraxis. Im Konkreten richtet er sich vor allem an diejenigen, die in Kooperationskontexten tätig und damit praktisch an Evaluationen beteiligt sind (bzw. sein könnten), an diejenigen, die Evaluation durch Planung und Beauftragung administrativ verantworten sowie an Evaluierende. Der Report geht von einem breiten Evaluationsbegriff aus, der sowohl summative Formate nach Projektabschluss und auf Wirksamkeitsmessung

3 In der Praxis ist die Verwendung der Begrifflichkeit von Distanzierung oder Deradikalisierung umstritten, u.a. weil letztere den Anspruch auf eine vollständige kognitive Dissoziation erhebt. Dieser Report verwendet den Begriff der Distanzierung, um auch Prozesse des Disengagements (Verhaltensänderungen) einzubeziehen (siehe auch Baaken et al. 2018).

fokussierte Designs als auch formative Prozesse während der Projektdurchführung sowie Formate der Selbstevaluation umfasst.⁴ Dies kann Verfahren der Qualitätssicherung beinhalten. Evaluation basiert häufig als zeitlich befristeter Prozess auf langfristig etablierten und kontinuierlich umgesetzten Standards und Verfahren der Qualitätssicherung und des Qualitätsmanagements.

Der Report gibt im folgenden Kapitel einen kurzen Überblick über die zugrundeliegende Datenerhebung. Im dritten Kapitel wird zusammenfassend die Bandbreite der in diesem Report behandelten Kooperationsformate eingeführt und durch die Erkenntnisse aus den Interviews angereichert, die sich jenseits von Evaluation und Qualitätssicherung auf die Vielfalt der Formate und die Dilemmata der beteiligten Akteure beziehen. Im Hauptkapitel 4 fasst der Report die Möglichkeiten und Herausforderungen von Evaluation in diesem Gegenstandsbereich in den drei Phasen von Evaluation (Planung, Durchführung und Ergebnisvermittlung) auf Basis der Interviews zusammen. Ein fünftes Kapitel schließt mit daraus abgeleiteten Empfehlungen an Fachpraxis, Wissenschaft sowie Politik und Verwaltung.

2. DATENGRUNDLAGE

Der vorliegende Report bezieht sich auf eine innerhalb des *PrEval*-Forschungsverbunds durchgeführte Befragung. Im Erhebungszeitraum vom 8. April bis zum 30. Juni 2021 wurden 40 qualitative, leitfadengestützte Interviews von durchschnittlich einer Stunde mit insgesamt 47 Personen der Extremismusprävention durchgeführt.⁵ Der Interviewleitfaden wurde an die Zielgruppen der Studie angepasst. In den Interviews mit Praktiker:innen, welche die Mehrheit der Befragten repräsentieren, wurden die folgenden Themenblöcke abgefragt: (1) Bedarfe und Erwartungen an die Evaluation von Kooperation; (2) Evaluationsformen, Erwartungen an die Rolle von Evaluierenden und Herausforderungen von Evaluationen in Kooperationen; (3) Erfolgskriterien von Kooperation und Datensammlung, etwa bei Fallkonferenzen; und (4) Verwertung von Evaluationsergebnissen und Verallgemeinerbarkeit von Ergebnissen.

Die Erhebung wurde deutschlandweit durchgeführt, dabei konnten Erfahrungen aus 15 Bundesländern⁶ aufgenommen werden. Die befragten Akteure arbeiten für unterschiedliche Träger und Institutionen in der Sekundär- und Tertiärprävention⁷ in den Themenfeldern religiös begründeter Extre-

4 Summative Evaluationen werden nach Projektabschluss durchgeführt, um eine bilanzierende Bewertung des Evaluationsgegenstands zu erarbeiten. Formative Evaluationen können im Gegensatz dazu zu Beginn der Umsetzung eines Projektes oder Programms oder in ihrem Verlauf festlegen, wann, wie oft und unter Hinzunahme welcher Kriterien (Ziele) Auswertungen stattfinden sollten. Dadurch kann im Prozess die Steuerung des Evaluationsgegenstands beeinflusst werden (DeGEval: 2016: 67).

5 Ein Interview wurde in einer schriftlichen Befragung eingereicht. Ansonsten erfolgte die Erhebung mündlich und – pandemiebedingt – virtuell.

6 Es wurde kein Interview im Saarland angefragt bzw. durchgeführt, weil die Anzahl an Fällen von Klient:innen dort gering ist und bei der Auswahl von Befragten der Fokus auf miteinander in Kooperation stehenden Institutionen lag.

7 Ansätze der Prävention unterscheiden sich hinsichtlich ihrer zeitlichen Vorverlagerung (primäre, sekundäre und tertiäre Prävention) und ihrem Adressat:innenkreis (universelle, selektive und indizierte Prävention). Sekundäre wie selektive Prävention zielt auf Individuen und Gruppen ab, die Anzeichen problematischer Radikalisierungstendenzen

mismus, Rechtsextremismus sowie Linksextremismus. Um eine größtmögliche Varianz abzubilden und alle an einer Kooperation beteiligten Stimmen mit einfließen zu lassen, wurden institutionsübergreifend Akteure verschiedener Professionen, Disziplinen und Erfahrungshintergründe ausgewählt. Konkret lässt sich das Datenmaterial auf sieben verschiedene Akteursgruppen aufteilen. So wurden zehn Interviews mit Mitarbeitenden von zivilgesellschaftlichen Beratungsstellen der Extremismusprävention geführt, um den praxisbezogenen Nutzen von Evaluationen für Präventionsvorhaben zu thematisieren. Die Perspektive der Sicherheitsbehörden konnte durch sechs Interviews erhoben werden. Des Weiteren konnten 14 Mitarbeitende von Koordinierungsstellen aus dem ministeriellen Kontext befragt werden sowie drei Personen aus Justizbehörden.⁸ Es wurden weitere sieben Interviews mit Expert:innen geführt, die nicht direkt einer der zuvor genannten Gruppierungen zuzuordnen sind, sondern wissenschaftlich oder in fachnahen Kontexten wie der Jugendbildungsarbeit tätig sind. Auch wurde ein Interview mit einem:einer Expert:in für Kooperation und zwei Interviews mit Evaluierenden geführt, die erste Erfahrung mit einer thematischen Annäherung an dieses spezielle Gebiet vorweisen können. Der Standardfragebogen umfasste 20 Fragen. Für die wenigen Interviews mit Expert:innen wurden drei unterschiedliche Fragebögen für Fachexpert:innen (20 Fragen), Kooperationsexpert:innen (14 Fragen) und Evaluierende (26 Fragen) erstellt. Diese thematisierten (1) die eigene Perspektive auf Kooperation zwischen Sicherheitsbehörden und Zivilgesellschaft; (2) Forschungs- und Evaluierungserfahrungen; (3) Einschätzungen zum Forschungsstand; und (4) zu Wirkevaluation im Kontext von Kooperation.

Der Datensatz wurde pseudonymisiert und qualitativ ausgewertet, indem der Inhalt aus den Interviews in Synopsen (Tabellen) aufbereitet und thematisch nach Kategorien zugeordnet wurde. Durch diese qualitative Inhaltsanalyse konnte eine Gewichtung erfolgen. Anschließend konnten Aussagen der Befragten zu Argumentationssträngen aggregiert werden. Um den Evaluationsgegenstand der Kooperation zu kontextualisieren, wurden Befragte im Interview zunächst auf Ihre Erfahrungen mit Kooperation angesprochen, bevor auf das Hauptthema Evaluation fokussiert wurde. Zudem wurde im Vorhinein der Befragung Fachliteratur zu Evaluation, Kooperation, Sozialer Arbeit, Extremismusprävention in Deutschland und internationale Literatur zu Multi-Akteurs-Ansätzen gesichtet. Diese wird in diesem Report an geeigneten Stellen zitiert, viele einschlägige Studien gibt es aber nicht. Aufgrund der Tatsache, dass es in Deutschland bislang noch keine daraufhin ausgelegten Evaluationsvorhaben gab, hat keine:r der Befragten bislang Erfahrung mit umfassender auf Kooperation bezogener Evaluation.⁹ Aus diesem Grund und weil die Herausforderungen für eine Evaluation von Kooperationskontexten sogar in der Fachöffentlichkeit eine relativ neue Diskussion darstellen – wurden im Zuge der Erhebung vor allem die Bedarfe für den *Planungsprozess* zu Evaluationen in einem Multi-Akteurs-Setting fokussiert. Sofern keine andere Quelle angegeben ist, speisen sich die Erkenntnisse im Hauptteil dieser Studie aus dem Datensatz der Befragungen. Die Befragten waren zu den

zeigen, ohne dass sie bislang gesellschaftlich problematisch oder gar juristisch straffällig geworden sind. Maßnahmen der tertiären und indizierten Prävention beziehen sich auf Personen, die bereits in Bezug auf Extremismus aktenkundig straffällig geworden sind.

8 Die Anfrage bei Justizbehörden erfolgte erst zu einem späteren Verlauf der Erhebung, weil im Arbeitsprozess sichtbar wurde, dass die Einbeziehung dieser Perspektive relevant ist.

9 Wohl aber haben viele der Befragten aus anderen Kontexten in diesem Phänomenfeld Evaluationserfahrungen.

Interviews nur unter der Auflage bereit, dass keine direkten Zitate verwendet werden und keine namentliche Nennung erfolgt. Schon jetzt sei erwähnt, dass es in den wesentlichen Punkten aber erstaunlich viel Übereinstimmung unter den Befragten gab, sodass einige der öffentlich ausgetragenen Kontroversen in der Sache gar nicht so groß sind, wie sie erscheinen. Dennoch gibt es z.B. in Bezug auf Rollenverständnisse und Datenzugangsmöglichkeiten weiterhin sehr unterschiedliche Ansichten, die in diesem Report abgebildet werden.

Insgesamt erfolgten 15 Absagen, mehrheitlich aus Kapazitätsengpässen (10), andere mit der Begründung, nicht geeignet zu sein (1) oder weil kein Interesse bestand (1). Zudem erfolgten zwei Absagen ohne Begründung. In zwei Absagen wurde aber auch Kritik deutlich. Im ersten Fall konnte das Interview dennoch durchgeführt werden, nachdem der offene Zugang zu diesem Themenfeld erläutert wurde. Im zweiten Fall wurde das Interview abgelehnt, weil Kritik am Kooperationsbegriff und der phänomenübergreifenden Betrachtung in dieser Studie geäußert wurde. Diese Kritik knüpft an Bedenken hinsichtlich einer möglichen Versicherheitlichung der Präventionspraxis durch Kooperationsformate unter Einbezug von Sicherheits- und Justizbehörden an. Ziel der Autor:innen dieses Reports ist jedoch nicht eine normative Einordnung der Frage, wann bzw. ob Kooperationen sinnvoll sein können. Die Absicht ist es vielmehr, Erfahrungen und Vorstellungen zur Evaluation und Qualitätssicherung von Kooperation ganz unterschiedlicher Akteure abzubilden, Kontroversen nicht zu verschweigen, Bereiche der Übereinstimmung zu identifizieren und daraus einige grundlegende Empfehlungen für die Gestaltung von Evaluation und Qualitätssicherung in diesem Themenfeld herauszuarbeiten. Eine breite quantitative Erhebung und Auswertung einzelner Argumente wurde nicht durchgeführt, weil für eine erste Annäherung nicht der Vergleich oder die Gegenüberstellung von Meinungen von Akteursgruppen, Phänomenbereichen oder Bundesländern zentral ist, sondern eine umfassende und offene Auseinandersetzung mit geäußerten Bedarfen und Argumenten. Etwaige Kontroversen oder nur vereinzelt geäußerte Argumente werden im Folgenden aber ebenso als solche beschrieben, wie Argumente und Erfahrungen, die von vielen oder gar im Konsens aller Befragten geäußert wurden.

3. DER EVALUATIONSGEGENSTAND: KOOPERATION IN DER SEKUNDÄR- UND TERTIÄRPRÄVENTION

Der Report geht, soweit durch die Befragten thematisiert, auf die gesamte Bandbreite von Kooperationsbeziehungen ein. Kooperation ist ein Verfahren der intendierten und zielgerichteten Zusammenarbeit von mindestens zwei Partner:innen (vgl. van Santen/Seckinger 2003: 29). Es gibt enge oder lose Kooperationsformate. Weiterhin gibt es neben den symmetrischen Kooperationsbeziehungen, in denen sich die beteiligten Kooperationspartner:innen zumindest nominell auf Augenhöhe begegnen, jeweils auch Elemente, die für Asymmetrien sorgen: die Initiative kann von einem Kooperationsakteur ausgehen, der den anderen lediglich zur Mitwirkung einlädt; die korrespondierenden Finanzierungsströme laufen dementsprechend u.U. auch nur über eine:n Partner:in. Neben diesen budgetären Elementen kann auch der Zugriff auf Informationen ungleich verteilt sein.

Im Zuge der letzten Jahre haben sich vor allem im Bereich der Prävention von religiös begründetem Extremismus bereits einige Kooperationsformate auf Länderebene herausgebildet, auch im Kon-

text des Justizvollzugs und von sicherheitsrelevanten Fällen. Im Bereich Rechtsextremismus stellt sich aktuell die Frage, inwieweit bisherige Erfahrungen aus anderen Phänomenbereichen als Grundlage für den Auf- bzw. Ausbau von unterschiedlichen Kooperationsformaten dienen können.

Der Evaluationsgegenstand, auf den sich dieser Report bezieht, reicht von bestehenden engen Kooperationsformaten, wie Verfahren zur Fallweiterleitung zwischen Zivilgesellschaft und Sicherheits- sowie Justizbehörden, über fallspezifische regionale oder lokale Austauschrunden, bis hin zu der gemeinsamen Abstimmung und Planung von sicherheitsbehördlichen und pädagogischen bzw. sozialarbeiterischen Maßnahmen. Fall- und Sicherheitskonferenzen (oder auch Sicherheitsrunden oder Sicherheitsdialoge) sind hier vor allem im akut sicherheitsrelevanten Bereich oder im Kontext des Justizvollzugs das zentrale Format, um über Fälle bzw. inhaftierte Personen (Klient:innen) zu sprechen. Die Zusammenarbeit im sicherheitsrelevanten Kontext verläuft meist zwischen Sicherheitsbehörden, Justizbehörden (inkl. angegliederter Dienste wie dem Justizsozialdienst) und Beratungsstellen der Extremismusprävention und wird teilweise von unterschiedlich ausgestalteten Koordinierungsstellen moderiert oder koordiniert. Je nach Bundesland und Fallkonstellation können eine Vielzahl unterschiedlicher Akteure aus den Bereichen Justiz, Strafverfolgung und Gefahrenabwehr, Nachrichtendienst, Distanzierungsarbeit, Jugend- und Familienhilfe, aber auch aus dem therapeutischen Bereich an Fallkonferenzen beteiligt sein.

Ziel der Kooperation ist zumeist der Austausch zur Entwicklung der betroffenen Person und des möglichen Einflusses der durchgeführten oder geplanten Maßnahmen der einzelnen Akteure. Vor allem die beteiligten zivilgesellschaftlichen Akteure bestätigten in den Interviews, dass sie sich in solchen Formaten oft in einem Dilemma befinden. Der Informationsaustausch mit Sicherheitsbehörden kann zwar dabei unterstützen, ein umfassenderes Verständnis für die persönliche Lage der jeweiligen Klient:innen zu schaffen. Gleichzeitig beinhaltet jeder Informationsaustausch mit Sicherheitsbehörden aus Sicht einiger interviewter zivilgesellschaftlicher Träger die Gefahr, dass vermittelte Informationen zum Nachteil der Klient:innen genutzt werden können und dass der Austausch durch Klient:innen als Bruch des Vertrauensverhältnisses gewertet wird (siehe auch Uhlmann 2017: 48). Anhand einer Durchsicht der Fachliteratur lässt sich feststellen, dass das Thema Kooperation zwischen Präventionsakteuren bisher vor allem im Bereich der Sozialen Arbeit als Kritik an Sicherheitsbehörden und als Sorge der Versicherheitlichung diskutiert wurde (siehe Döring et al. 2020; Figlestahler/Schau 2020; Jasch 2018; Jukschat/Leimbach 2019; Schiffauer 2018; Schuhmacher 2018). Auch von Seiten der Sicherheitsbehörden gab es in den Interviewaussagen Bedenken wegen des Austauschs, die meist in Zusammenhang mit dem Geheimschutz stehen.

Nach Einschätzung der Autor:innen, die sich aus der Sichtung von Literatur und der Auswertung des Datensatzes speist, erfolgt der Fallzugang von Beratungsstellen in der Tertiärprävention meist über Personen aus dem Umfeld der radikalisierten Person, manchmal ist es aber auch die betroffene Person selbst, die sich an eine Beratungsstelle wendet. Ähnliches gilt für Beratungsfälle im Kontext der Sekundärprävention. Hier bestehen meist keine engen Kooperationen und der Austausch beschränkt sich auf die gesetzlich vorgegebenen Gefahrenmeldungen im Falle von Selbst- oder Fremdgefährdungen. Je nach Fall, kann sich im Verlauf einer Beratung dieser Zustand jedoch verändern. Die Grenzen zwischen Sekundär- und Tertiärprävention sind oft fließend, gleiches gilt auch für die

Frage der Sicherheitsrelevanz. Der Einbezug von Fällen in enge Kooperationsformate ist demnach nicht statisch, sondern muss stets aktuell und auf Einzelfallbasis geschehen: Neue Fälle können hinzukommen, bereits besprochene Fälle sind ab einem gewissen Zeitpunkt nicht mehr Gegenstand des Austauschs, können aber u.U. wieder dazu werden.

Auch wenn dies nicht der Fokus der Interviews war, skizzierten die Befragten bereits einige Grundvoraussetzungen, um Unsicherheiten und Befürchtungen der beteiligten Akteure abzubauen: In engen Kooperationen bedarf es nach Aussage der Befragten klarer Kooperationsregelungen und -vereinbarungen, basierend auf datenschutzrechtlichen Grundlagen. Diese könnten dem in der Befragung benannten Bedarf von Praktiker:innen nachkommen und festlegen, welche Informationen wechselseitig, in welchem Format geteilt werden dürfen. Welche Informationen *nicht* geteilt werden, weil ein Austausch hierzu im Rahmen der professionellen Grenzen der Beteiligten nicht möglich ist, müsste aus Sicht der Befragten allerdings auch klar benannt werden. Darüber hinausreichende Absprachen zur Rollenaufteilung innerhalb der Austauschrunden (inkl. Protokollierung, Sitzungsleitung etc.) sind aus Sicht von befragten staatlichen Stellen wünschenswert und helfen dabei, Kooperationen langfristig zu stabilisieren und effiziente Prozesse zu gewährleisten.

Neben den sehr unterschiedlichen Möglichkeiten, konkrete Kooperationen auszugestalten, prägen auch einige Rahmenbedingungen die Formate und verweisen gleichzeitig auf grundsätzliche Herausforderungen, die in diesem Report mit Blick auf Evaluationen in diesem Feld beleuchtet werden. So verwiesen die Befragten im Wesentlichen auf folgende Punkte:

(1) In der Extremismusprävention ist aus Sicht der Befragten eine Anwendung von *one-size-fits-all*-Ansätzen nicht angebracht, um Lösungen im konkreten Einzelfall zu erarbeiten. Es handelt sich, besonders in der Sekundär- und Tertiärprävention, um eine fallzentrierte und damit individuell auf die betroffenen Personen und ihr Umfeld zugeschnittene Aufgabe. Die Ausgestaltung von Kooperationsformaten variiert deshalb notwendigerweise und muss aus Sicht der Autor:innen eine gewisse Flexibilität beinhalten.

(2) Rechtliche Regularien zur Informationsweitergabe und Vorgaben zum Datenschutz der Klient:innen bilden aus Sicht der Befragten das Fundament der Zusammenarbeit zwischen Sicherheitsbehörden und zivilgesellschaftlichen Beratungsstellen. Hierbei handelt es sich aus Sicht der Autor:innen aber um ein sich schnell veränderndes rechtliches und ethisches Feld und die Voraussetzungen innerhalb der an der Kooperation beteiligten Akteure sind in einem steten Wandel begriffen. Evaluationen sind auf den Zugang zu Informationen angewiesen. In Kooperationsbeziehungen ist dies aus Sicht von Expert:innen besonders voraussetzungsreich.

(3) Sowohl Sicherheitsbehörden als auch Beratungsstellen berichteten davon, dass die gesamtgesellschaftlich wahrgenommene Brisanz des Themas Extremismus bei verschiedenen Akteuren oft einen hohen Druck auslöst, schnell nachweisbare Verhaltensänderungen bei Klient:innen zu bewirken und somit Gefahren für die Gesellschaft zu verhindern. In der Realität ist es allerdings so, dass die Begleitung der Klient:innen in ihren Prozessen genauso wie der Aufbau von Netzwerken und Expertise sowie der Vertrauensaufbau zwischen den beteiligten Kooperationspartner:innen sehr viel

Zeit benötigt.¹⁰ Es besteht also ein zeitliches Spannungsverhältnis: auf der einen Seite der an die Beratungsstellen bzw. die Kooperationsformate im Ganzen gestellte Anspruch, schnell zu agieren und wirksame Ergebnisse zu erzielen, bzw. diese möglichst schnell nachzuweisen, und auf der anderen Seite der Befund, dass ein langfristiger und kontinuierlicher Arbeits- und Abstimmungsprozess elementar für eine angemessene Beratung der Klient:innen ist. Dieser Kontext darf in der Diskussion um Möglichkeiten und Herausforderungen von Evaluationen in diesem Feld aus Sicht der Autor:innen nicht vernachlässigt werden und muss bei der nachfolgenden Betrachtung der Befunde berücksichtigt werden.

4. MÖGLICHKEITEN UND HERAUSFORDERUNGEN VON EVALUATION IN KOOPERATIONSKONTEXTEN

Die Darstellung unserer Studienergebnisse orientiert sich am Ablauf eines Evaluationsprozesses, der in drei, je nach Evaluationsansatz mehr oder weniger ineinandergreifende, Phasen aufgeteilt werden kann: Planung, Datenerhebung sowie Ergebnisvermittlung. Der Aufbau dieses Reports¹¹ soll darlegen, was Evaluation nach Ansicht der Befragten in den jeweiligen Phasen leisten kann und beachten muss. Der folgende Teil stellt die von den befragten Akteuren geäußerten Bedarfe an Möglichkeiten und Herausforderungen von Evaluation von Kooperationskontexten vor und diskutiert diese. Alle Argumentationen in diesem Kapitel speisen sich, sofern nicht mit anderem Quellenverweis versehen oder anders ausgewiesen, aus den geführten Interviews.

4.1 PLANUNG

Eine umfassende Planung, in der ein zum Gegenstand und den Bedarfen der beteiligten Akteure passender Evaluationsansatz gewählt und ein entsprechendes Design ausgearbeitet wird, ist aus Sicht der Autor:innen die Voraussetzung für eine gelingende Evaluation. Die Planung antizipiert dabei im besten Fall wesentliche Schritte der Umsetzung und der Ergebnisvermittlung. Zu Beginn gilt es demnach, zentrale Interessen und daraus abgeleitete Erkenntnisfragen zu formulieren sowie Ziel und Zweck der Evaluation zu klären. In Kooperationen bedeutet dies, dass mehrere Akteure bzw. Organisationseinheiten sich in Vorbereitung auf eine Evaluation über zentrale Fragestellungen und Ziele der Evaluation einig werden müssen. Den Evaluierenden kommt damit unter Umständen bereits zu Beginn die Rolle zu, divergierende Interessen zu vereinen und den Evaluationsprozess im Sinne aller relevanten Beteiligten zu strukturieren. Die folgenden Abschnitte zum Planungsprozess wurden in der Studie am ausführlichsten thematisiert, weil diese erste Phase zentral für alle weiteren Schritte im Evaluationsprozess ist und eine erste Annäherung zum Themenfeld hierzu am ergiebigsten war.

10 Siehe auch den Report von Johansson et al. (2022) in dieser Reihe: Klientenzentrierte Evaluation in Multi-Agency-Settings der Extremismusprävention – Möglichkeiten und Grenzen eines wirkungsorientierten Vorgehens.

11 Die Interviewleitfäden orientierten sich ebenfalls an diesen zentralen Phasen einer Evaluation.

4.1.1 AKTEURE UND EVALUATIONSgegenSTAND

Um Möglichkeiten und Herausforderungen der Evaluation in Kooperationen verstehen zu können, wird im Folgenden ein umfassender Blick auf die konkrete Arbeitspraxis von Kooperationsformaten geworfen. Dazu werden zum Einstieg in die Interviews u.a. folgende Fragen gestellt: Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit? Welche konkreten Herausforderungen begegnen den Akteuren? Damit sollen erste Konturen des Evaluationsgegenstands sichtbar werden. Aus den Interviews geht hervor, dass behördliche Strukturen und Verfahren im jeweiligen Bundesland sowie die Beziehung und Dauer der Interaktion zwischen Akteuren den Gegenstand *Kooperation* nachhaltig beeinflussen. Die Kooperationsbeziehungen und -expertisen sind in den verschiedenen Regionen und Ländern auf sehr unterschiedliche Weise historisch gewachsen. Um dem Evaluationsgegenstand gerecht zu werden, müssen deshalb aus Sicht der Autor:innen regionale Besonderheiten und anderweitig bedeutsame Kontextfaktoren berücksichtigt werden.

Während die Kooperation von Jugendsozialarbeit und Polizei etwa im Bereich der allgemeinen Kriminalprävention bereits auf jahrzehntelange Erfahrungen zurückblicken kann, zeigt die Befragung, dass sich die Kooperation im Bereich der Extremismusprävention in vielen Bundesländern noch vorsichtiger und weniger eng gestaltet. Bestehende Spannungen und Fragen zum etablierten Zusammenspiel bei der Einzelfallberatung zwischen den Feldern Soziale Arbeit, Sicherheitsbehörden, Verwaltungsbehörden, Jugendpädagogik und Justiz, ähneln aber grundsätzlich den Fragen, die Akteure der Polizei und Jugendsozialarbeit in der allgemeinen Kriminalprävention bereits seit langem beschäftigt haben. Dies betrifft z.B. divergierende Zielverständnisse sowie datenschutzrechtliche Fragen (Möller 2010, 2018). Beispielhaft hat die Clearingstelle *Netzwerke zur Prävention von Kinder- und Jugenddelinquenz* der *Stiftung Sozialpädagogisches Institut Berlin (SPI)* Kooperationen im Berliner Kontext seit 1998 professionell begleitet und die Arbeit in Form von fragenspezifischen Publikationen dokumentiert.¹² Das Archiv sowie die allgemeine Aufarbeitung der Erfahrung aus der Kriminalprävention verspricht aus Sicht eines:r Befragten auch für die Extremismusprävention wichtige Anhaltspunkte zum besseren Verständnis des Evaluationsgegenstandes und der Perspektiven der Kooperationsakteure.

Bei vielen Befragten erstreckt sich der Erfahrungshorizont bei *engen* Kooperationen zwischen sicherheitsbehördlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren im Feld der Extremismusprävention über nur wenige Jahre. Viele Kooperationsvorhaben befinden sich zum Zeitpunkt der Befragung noch in der unmittelbaren Aufbauphase oder haben diese erst vor kurzem abgeschlossen. Das mag eine der Ursachen dafür sein, dass bislang kaum ausführliche Studien zu Kooperation und insbesondere keine Evaluationen schwerpunktmäßig zu diesem Sachverhalt durchgeführt wurden. Die Mehrzahl der befragten Kooperationsakteure ist im Phänomenbereich des religiös begründeten Extremismus tätig. Dies ist auf die tatsächliche Verteilung von Akteuren auf die Phänomenbereiche zurückzuführen und damit zu begründen, dass dieses Phänomen aufgrund einer wahrgenommenen höheren Sicherheitsrelevanz lange Zeit stark im öffentlichen und politischen Fokus stand. Maßnahmen zu seiner Bekämpfung, inklusive der Förderung enger Kooperationsformate, wurden deshalb lange Zeit prio-

12 <https://www.stiftung-spi.de/projekte/clearingstelle/> (letzter Zugriff: 05.10.2021).

riert behandelt. Auch die Finanzierung sozialpädagogischer Präventionsmaßnahmen zum religiös begründeten Extremismus wurde in den letzten Jahren deutlich stärker ausgebaut als im Bereich des Rechtsextremismus. Im Phänomenbereich des Rechtsextremismus bestehen u.a. deshalb aktuell zumeist nur punktuelle oder modellhafte Formen der Kooperationen zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und Sicherheitsbehörden.

Die Art und der Formalisierungsgrad einer Kooperationsbeziehung hat Implikationen für die Präzisierung des Evaluationsgegenstandes: So betonte ein:e Fachexpert:in, dass sich lose Kooperationsformate für die Durchführung einer systematischen Evaluation der Kooperation grundsätzlich weniger gut eignen. Eine enge Kooperation böte aus Sicht der Autor:innen hingegen klare Verfahren und Zielsetzungen, die in einer Evaluation betrachtet werden können und somit einen Evaluationsprozess leichter ermöglichen könnten. Bereits im Aufbaustadium enger Kooperationen könnten etwa prozessbegleitende, formative Evaluationsformate ansetzen. Dennoch könnte nach Ansicht eines:einer weiteren Fachexpert:in auch die Untersuchung von losen Kooperationsformaten oder sogar Nicht-Kooperationen aufschlussreich sein: Eine solche Untersuchung könnte Bedarfe der Akteure aufdecken und so langfristig u.U. zum Gelingen weiterer Kooperationsversuche beitragen. Im weiteren Verlauf des Reports werden zwar einige Herausforderungen von Evaluation loser Formate diskutiert, sofern von den Befragten genannt. Der Fokus liegt aber im Einklang mit den Interviews auf Evaluationen von Formaten enger Kooperation.

In diesem Kontext wurde zudem eine spezielle Form der Zusammenarbeit im Rahmen der Extremismusprävention genauer in den Blick genommen, die je nach Bundesland oder Kooperationskontext unterschiedliche Namen hat: die Fallkonferenz, Sicherheitsrunde oder auch Sicherheitsdialog (siehe Kapitel 3; im Folgenden im Sinne der besseren Lesbarkeit Fallkonferenz genannt). Dieses Format ist häufig ein Kernelement im Austausch von zivilgesellschaftlichen Akteuren mit Sicherheitsakteuren zu sicherheitsrelevanten Einzelfällen in der Sekundär- und Tertiärprävention. Damit stellen Fallkonferenzen auch den sensibelsten Bereich der Zusammenarbeit dar. Sie erfolgen meist auf Basis eines regelmäßigen kommunikativen und schriftlichen Austauschs zwischen Sicherheitsbehörden, der Justiz sowie einer oder mehrerer regionaler zivilgesellschaftlicher Organisationen und/oder staatlicher Koordinierungsstellen. In vielen Fällen ging die Initiative eines solchen Austauschs laut den Befragten von Sicherheitsbehörden aus, mittlerweile sind vielerorts jedoch übergeordnete Behörden für die Koordination solcher Fallkonferenzen zuständig. Ihnen obliegt damit die Koordination zwischen den Akteuren, z.T. auch die Informationsvermittlung sowie die Festlegung bzw. Aufsicht der Einhaltung von Vereinbarungen.

Im Kontext solch enger, teils stark formalisierter Kooperation, erscheinen dabei für die Planung von Evaluationen folgende Fragen zentral: Wie wurden die Ziele und Verfahren der Kooperation gestaltet? Wer war in welchem Umfang an deren Festlegung beteiligt? Und wie hoch ist der Formalisierungsgrad entsprechender Vereinbarungen? Aktuell ergeben sich laut beteiligten Befragten Konflikte vor allem aus unklaren oder nicht einvernehmlich ausgehandelten Zielsetzungen und Rollenverständnissen, was sich auch auf die Planung einer Evaluation auswirken würde. Zudem können bestehende Vereinbarungen aber auch sehr unterschiedliche Ziele, Verfahren und Rollen für die beteiligten Akteure vorsehen – eine Diversität, die im Sinne positiv konnotierter Interdisziplinarität in der Bearbei-

tung von Radikalisierungsprozessen jedoch zumeist erwünscht ist (siehe auch Uhlmann 2017: 48). Ausgehend von der Akteurs- und Rollenvielfalt in Kooperationen stellt sich für Evaluierende jedoch die Frage nach dem übergeordneten Ziel der Kooperationsformate. Ist das Ziel der Fallkonferenz etwa beschränkt auf die Weiterleitung von Fällen von Sicherheitsbehörden an zivilgesellschaftliche Organisationen oder geht es um eine umfassendere gemeinsame Risikoeinschätzung im Verlauf der Fallbearbeitung? Gerade in Bezug auf diese Zielsetzung ergeben sich nicht selten Konflikte, die auch an der berufsethischen Orientierung der beteiligten Akteure rütteln.¹³

Eine besondere Herausforderung in der Planung von Evaluation stellt vor allem die Vielfalt an Akteursgruppen und Kooperationsformen dar. Vor allem Befragte der Koordinierungsstellen betonen, dass es oft eine Herausforderung sei, alle notwendigen Akteure zusammenzuführen und einen zielführenden Austausch im Rahmen aller ethischen, professionellen und datenschutzrechtlichen Grenzen der Beteiligten zu etablieren. Diese Herausforderungen übertragen sich auch auf Evaluationsformate. Kontroverse Diskussionen treten z.B. bezüglich der gleichberechtigten Einbindung von Akteuren, auf Grund von begrenzten Zugängen von Evaluierenden oder im Rahmen der Diskussion um Datenerhebung (Datenschutz und Ethik) und Datenaufbereitung und -verbreitung (Schutz der Strukturen und Personen) auf. Bereits innerhalb oft übergreifend zusammengefasster Akteursgruppen wie z.B. Sicherheitsbehörden wird die Vielzahl unterschiedlicher institutioneller, professioneller und logischer Hintergründe deutlich: Zu ihnen zählen der Staatsschutz, der Verfassungsschutz sowie ggf. andere lokale oder regionale polizeiliche Stellen. Ähnliches gilt für die Justiz. Auch hier können im Einzelfall Mitarbeitende aus dem Rechtssystem bis hin zum Justizvollzugssystem in die Kooperation einbezogen sein. Auch bei zivilgesellschaftlichen Beratungsstellen kann es sich um eine Vielzahl von u.a. sozialarbeiterischen und psychologischen Diensten mit jeweils spezifischen Trägerprofilen handeln. Sofern ministerielle oder anderweitig ausgelagerte Koordinierungsstellen mit der Ausgestaltung der Kooperation und Professionalisierung der Netzwerkarbeit betraut sind, stellen auch sie einen zentralen Akteur dar. Hinzu kommen u.U. auch noch Institutionen wie Jugendämter oder Schulen. Resultierend aus diesem komplexen Setting setzt die Planung einer Evaluation also aus Sicht der Autor:innen eine detaillierte Stakeholder-Analyse der im konkreten Einzelfall beteiligten Akteure – ihrer Aufträge, Interessen, Erwartungen und Kommunikationsweisen – voraus. Bei aller Organisationsspezifität – so machen es die Interviews deutlich – ist es aber nicht selten auch der persönliche Faktor bzw. die Investition in kommunikative Prozesse zum Vertrauensaufbau, der vor allem in der Anfangsphase einer Evaluation entscheidende Weichen stellt.

Die Notwendigkeit eines Vertrauensaufbaus in Kooperationsbeziehungen lässt sich anhand von Fachliteratur belegen. Merten bezeichnet den Aufbau von Anerkennung, Akzeptanz und Vertrauen als Grundvoraussetzungen für gelingende Kooperationen (2015: 66). Santen und Seckinger sprechen sich dafür aus, dass gerade zu Beginn einer Kooperation ein Austausch zu Erwartungen und Zielen zwischen Akteuren stattfinden muss und im Verlauf einer Kooperation die Vertrauensbildung eine zentrale Herausforderung darstellt (2003: 425). Möller beschreibt zudem, dass wechselseitige Aner-

13 Unterschiedliche Positionen entstehen vor allem durch das Spannungsfeld, dass Beratungsstellen den Vertrauensaufbau zu den Klient:innen zum Ziel haben, während Sicherheitsbehörden die Verhinderung von Straftaten als oberstes Ziel fokussieren (Ruf/Walkenhorst 2021).

kennung und die Akzeptanz von Differenzen in der Herangehensweise erfahrungsgemäß nur durch ein regelmäßiges Zusammentreffen zwischen Akteuren erarbeitet werden können (2018: 438). Für eine erfolgreiche Kooperation braucht es also einen längeren Zeitrahmen, in dem die Akteure kontinuierlich in den Dialog miteinander treten, um sich gegenseitigen Respekt und Vertrauen zu erarbeiten (Uhlmann 2017: 48) – und dies sind auch Voraussetzungen für eine erfolgreiche Evaluation in diesem Themenspektrum: Um einen kontinuierlichen Dialog anzubieten, bieten sich partizipative Evaluationsansätze an, die den Evaluationsgegenstand begleiten und eine regelmäßige Reflexion der Planungsprozesse oder Erkenntnisse der Forschenden umsetzen bzw. in die Projektumsetzung einfließen lassen (Häselser-Bestmann 2019). Befragte Mitarbeitende von Beratungsstellen und Expert:innen wiesen darauf hin, dass die Einbindung von Mitarbeitenden von großem Wert sein kann, um diese für gemeinsame Denkprozesse zu motivieren. Ein:e Befragte:r verwies außerdem darauf, dass partizipative Prozesse zudem die Offenheit der Mitarbeitenden gegenüber Evaluation stärken könnten.

4.1.2 BEDARFE AN EVALUATION UND ERWARTUNGEN AN EVALUIERENDE

Die Erhebung zeigt, dass Kooperationsakteure sowohl zwischen als auch innerhalb der Befragungsgruppen zum Teil sehr unterschiedliche Vorstellungen von und Erwartungen an Evaluation haben und deshalb auch unterschiedliche Zielsetzungen mit Evaluation verbinden. Aktuell gibt es etwa nur punktuell Erfahrungen mit internen Evaluationen, der Großteil der Befragten hat mit diesem Format noch keinerlei Berührungspunkte gehabt. Externe Evaluationen sind hingegen üblicher, wobei sich negative Erfahrungen in diesem Kontext vor allem auf begrenzte Zeitkontingente der Evaluationsvorhaben bezogen. Es bleibt zu beachten, dass Evaluation nicht selten ein verunsicherndes und angstbesetztes Thema ist, geht es im Gegensatz zur Grundlagenforschung oder angewandten Forschung doch nicht nur um den praktischen Anwendungsbezug, sondern immer auch um die Bewertung einer Arbeit. Wenig überraschend unterstreichen auch die Antworten der Befragung deshalb die Wichtigkeit einer frühzeitigen Einbindung aller Akteure. In einem ersten Schritt der Bedarfsklärung kann der Nutzen für die Beteiligten erfasst werden. Die Bedarfsklärung stellt auch nach Ansicht der Befragten einen zentralen Pfeiler im Planungsprozess dar, bei dem Fragestellungen gemeinsam erarbeitet werden und mögliche Datenquellen und Erhebungsmethoden vorab skizziert werden können. Dies kann sich jedoch insbesondere im Multi-Akteurs-Setting als herausfordernde Aufgabe erweisen.¹⁴

Evaluationen versprechen, so die Einschätzung der meisten Befragten, vor allem dann praxistaugliche Ergebnisse, wenn die Erwartungen und das Erkenntnisinteresse der Akteure in Kooperationen bereits in der Planungsphase Berücksichtigung finden und im Falle divergierender Zielvorstellungen eine konstruktive Klärung erfolgt ist. Die Befragung lässt eine Vielfalt an Evaluationsinteressen und Unterstützungsbedarfen erkennen. Dies schließt auch übergeordnetes Forschungsinteresse an thematischen Erkenntnissen etwa zu Distanzierungsarbeit oder Grundlagenforschung zu Extremismus und Terrorismus ein, die von manchen Befragten priorisiert wurden. Im weiteren Verlauf geht der Report allerdings nur auf solche Bedarfe vertieft ein, die die Evaluation von Kooperation betreffen.

¹⁴ Siehe auch der Report von Johansson et al. (2022) in dieser Reihe.

Eine oft formulierte Unsicherheit betraf die Wahl der Kriterien, anhand derer die Arbeit bewertet werden kann. Evaluation kann durch transparente und gegenstandsangemessene Bewertungsmaßstäbe der professionellen Selbstvergewisserung dienen und Anstöße zur Weiterentwicklung der Kooperationspraxis geben. Um die Wahl dieser Bewertungsmaßstäbe zu entzaubern und gleichermaßen transparent zu gestalten, können Evaluierende bereits im Zuge der Planung Maßstäbe (z.B. Indikatoren) zur Beantwortung einzelner Fragestellungen gemeinsam mit den beteiligten Akteuren diskutieren: Inwiefern eignet sich ein Parameter X oder Y, um diese oder jene Aussage zu treffen? Wie realistisch ist es, diese Parameter auch tatsächlich im Zuge der Evaluation erfassen zu können? Eine solche Diskussion kann dabei helfen, die Erwartungen an die Evaluation realistisch zu halten und zwischen den Akteursgruppen zu harmonisieren.

In Präventionsvorhaben werden implizit oder explizit Hinweise auf die Entwicklungen von Klient:innen sowie auf die Veränderung von Konzepten, Maßnahmen und Kommunikationswegen gesammelt. All diese Informationen können auch Aufschluss über die Zielerreichung bieten. Die Natur dieser Hinweise zu benennen und ihre Aussagekraft aus Sicht der diversen beteiligten Akteure zu diskutieren, kann auch ein eigenständiges Erkenntnisinteresse einer Evaluation sein, vor allem in Kontexten, in denen das allgemeine Forschungsinteresse wirkungsorientiert ist.¹⁵ Anhand gemeinsam festgelegter Maßstäbe kann die Überprüfung der Zielerreichung vorab oder zu Beginn einer Evaluation erarbeitet werden. Dieser Prozess der gemeinsamen Erwartungskklärung bezüglich der Erreichung von individuellen und gemeinsamen Zielen ist in jeder Form der Kooperation relevant und stellt für sich genommen bereits ein nützliches Ergebnis eines Evaluationsprozesses dar. Im laufenden oder abgeschlossenen Maßnahmenverlauf kann somit eine Bezugnahme auf und Überprüfung von diesen Zielen erfolgen und z.B. Reflexionen zur Optimierung der Abläufe anstoßen.

STRUKTUR- UND PROZESSQUALITÄT

Einige der Befragten plädierten zum einen dafür, dass Evaluation in Kooperationskontexten primär die Implikationen der Kooperation für das professionelle Selbstverständnis der Akteure untersuchen sollte. Dieses Erkenntnisinteresse bezieht sich dabei vor allem auf eine professionsspezifische Rollenklärung und eine entsprechende Formulierung von individuellen Arbeitszielen oder gemeinsamen Kooperationszielen und Verfahrenskklärung. Diese Bedarfe wurden von Akteuren unterschiedlich stark formuliert, je nach Status quo der Kooperation und somit ihrer Struktur- und Prozessqualität. Beispielhafte, von den Befragten geäußerte Fragestellungen in Bezug auf diesen Erkenntnis-komplex fallen wie folgt aus: In Bezug auf sicherheitsbehördliche Akteure wurden Fragen nach den Funktionsweisen, internen Strukturen, Arbeitsweisen aber auch rechtlichen Grenzen der Informationsweitergabe formuliert. In Bezug auf Beratungsstellen wurden allgemeine Fragen zu Ansätzen, Klient:innenzugängen und Methoden sowie praktische Fragen wie etwa zum Fallabschluss gestellt. Weitere Fragen thematisierten mögliche Wechselwirkungen von eigenen und gegenseitigen Rollenverständnissen, die in einer Kooperation durch den Austausch von Wissen und über den Dialog zu akteursspezifischen Perspektiven entstehen können. Das Interesse richtete sich hierbei z.B. auf die

15 Siehe auch den Report von Klöckner et al. (2022) in dieser Reihe.

Verankerung von Kooperationen innerhalb von Organisationsstrukturen, dem Ergebnistransfer von der Kooperation in die jeweilige Organisation, den Stellenwert der Kooperation für die Partner:innen, den Einfluss der jeweils anderen Institutionen und Organisationen auf das eigene berufsethische Handeln, die Zusammenführung unterschiedlicher Arbeitskulturen inkl. unterschiedlicher Sprachgewohnheiten sowie den Einfluss vorheriger Vorstellungen und Vorurteile zu den anderen Partner:innen auf die Kooperationstätigkeit.

Befragte wünschten sich zudem partizipative Formate von Evaluation, um im Dialog mehr über Prozesse und Strukturen der Kooperationspartner:innen lernen zu können, die sich aus deren unterschiedlichen Handlungslogiken ergeben. Ebenfalls wurde ein starker Wunsch deutlich, sich bundesweit und über Phänomenfelder hinweg verstärkt zu Verfahren und der unterschiedlichen strukturellen behördlichen Gestaltung der Präventionsarbeit in einzelnen Bundesländern auszutauschen. Dies sollte jedoch, so der Hinweis eines:er Befragten, unbedingt in einem mündlichen Format und im geschützten Raum stattfinden, weil eine Verschriftlichung der Differenzen, so die Sorge, zu einer Umgestaltung von Verwaltungs- und Trägerstrukturen führen könne, die im Einzelfall mehr Schaden auslösen als Gewinn mit sich bringen würde.

Um auch für Evaluationen, die auf eine Einschätzung der Qualität von Zusammenarbeit abzielen, mögliche Fragestellungen zu formulieren, wurden die Interviewten zu Gelingensbedingungen von Kooperation sowie möglichen damit zusammenhängenden Fragestellungen befragt. Hier rückten die staatlichen Koordinierungsstellen die Frage nach Rahmenbedingungen, die für eine für alle Beteiligten funktionierende Kooperation gegeben sein müssen, in den Fokus. Auch die Untersuchung der unterschiedlichen Eindrücke davon, was den Mehrwert der Kooperation für die einzelnen Partner:innen ausmacht, wurde von den Befragten aufgeführt. Dies beinhaltet Fragen danach, was sich positiv verändern sollte und danach, was gegenseitig voneinander erwartet werden kann.

Laut Seckinger setzt eine professionell gestaltete Kooperation spezifische Qualifikationen, Kenntnisse und Akzeptanz anderer Handlungslogiken voraus (2001: 290–291). Aus Sicht der Autor:innen und vor dem Hintergrund der geäußerten Bedarfe kann Evaluation demnach auch das Ziel verfolgen, zu einer allseitigen Klärung von Handlungslogiken und Bedarfen der jeweiligen Kooperationspartner:innen beizutragen und ggf. falsche Erwartungen und Vorstellungen abzubauen. Sie kann in diesem Zuge dabei unterstützen, Ziele und aktorsgruppenspezifische Zuständigkeiten zu formulieren. Eine Vielzahl der Befragten äußerte darüber hinaus den Bedarf an vertrauensbildenden Maßnahmen. Damit ist die Hoffnung verbunden, dass solche Maßnahmen zur Professionalisierung des Netzwerks beitragen, indem sie die spezifische Kenntnis und Akzeptanz anderer Handlungslogiken fördern.

ERGEBNISQUALITÄT

Neben dem Erkenntnisinteresse zu Struktur- und Prozessqualität äußerten andere Befragte auch die Ansicht, dass die externen Auswirkungen der Kooperation auf die Klient:innen im Vordergrund einer Evaluation stehen müssten und somit u.a. die Untersuchung der Ergebnisqualität. Damit verbunden sind aber auch berufsethische Herausforderungen und praktische (datenschutz-)rechtliche

Fragestellungen, die wiederum die Struktur- und Prozessqualität der Kooperationspraxis berühren. In Bezug auf die Auswirkungen der Kooperation auf Klient:innen formulierten die Befragten beispielhaft Fragen u.a. danach, welche Rolle Netzwerkpartner:innen für den (erfolgreichen) Ausstieg von Klient:innen spielen, welche Form der Kooperation den größten Nutzen für Klient:innen birgt, wie man mögliche kontraproduktive Aspekte der Kooperation für Klient:innen verringern kann und was sich Klient:innen für Angebote wünschen würden, die ihnen bisher noch nicht gemacht wurden. Damit verknüpfte berufsethische sowie (datenschutz-)rechtliche Fragen an eine Evaluation aber auch für die Durchführung einer Evaluation (siehe Abschnitt 4.2), die von den Befragten genannt wurden, beziehen sich etwa auf die Bedingungen, unter denen Informationen ausgetauscht werden, auf die Formalisierung und Verbindlichkeit von Prozessen und Regeln und die Möglichkeiten und Grenzen von relevanter Informationsweitergabe durch Sicherheitsbehörden an zivilgesellschaftliche Beratungsstellen.

Maßstab der Bewertung wären dann aus Sicht der Autor:innen z.B. die Auswirkungen der Kooperation auf die Klient:innen sowie die Handlungssicherheit in Bezug auf rechtliche und berufsethische Grundlagen. Diese Fragestellungen könnten einen ersten Anhaltspunkt in der Bedarfsermittlung und der Aushandlung von erkenntnisleitenden Fragestellungen für künftige Evaluation bilden. Die auf dieser Basis entwickelten Bewertungsmaßstäbe können darüber hinaus auch eine erste Grundlage für die Erstellung einer längerfristigen Qualitätssicherung der Kooperation darstellen, etwa indem sie in die Erstellung von Leitfäden, Kooperationsvereinbarungen oder ähnlichen Grundlagendokumenten einfließen.

Die Einbindung aller relevanten Akteure in den Aushandlungsprozess setzt aus Sicht der Autor:innen neben der spezifischen Evaluationsexpertise in jedem Fall auch eine hohe Organisationskompetenz von Evaluierenden voraus. Zudem ist die vertiefende Auseinandersetzung mit den realen Bedingungen der Kooperationsstrukturen notwendig. Eine Stimme unter den Praktiker:innen sowie mehrere Evaluierende berichteten von positiven Erfahrungen mit partizipativen Evaluationsprozessen, bei denen eine Einbindung von Praktiker:innen von Beginn an besteht. Auch bei der Evaluation von Kooperation könnte es aus Sicht dieser Befragten von Vorteil sein, neben Einzelgesprächen auch mehrere Sitzungen in Form eines Workshops durchzuführen, bei denen die Akteure sich gemeinsam mit dem Forschungsdesign der Evaluierenden vertraut machen, später Zwischenergebnisse interpretieren und schließlich gemeinsam über Anpassungen und umsetzbare Empfehlungen ins Gespräch kommen können.

FREMD- UND SELBSTEVALUATION

Die Befragten positionierten sich überwiegend als aufgeschlossen gegenüber Fremdevaluation. Sie versprechen sich davon eine neutrale und überparteiliche Begleitung im Evaluationsprozess. Von den Evaluierenden wird dabei eine der Komplexität des Gegenstands angemessene fachliche Expertise und Erfahrung als wichtige Gelingensbedingung einer Evaluation vorausgesetzt. Idealerweise verfügen die Evaluierenden bereits über ein Netzwerk an Kontakten zu Praktiker:innen.

Möglichkeiten zur Selbstevaluation in Kooperationssettings wurden von vielen Befragten dagegen eher aus Kapazitätsgründen skeptisch betrachtet oder auch direkt kritisiert, weil dadurch keine neutrale Bewertung erfolge. Vielmehr verstanden die Befragten Selbstevaluationstools als ein Set nützlicher Methoden, um im Zuge der Kooperation selbst immer wieder kurzfristig die Zufriedenheit einzelner Akteure abzufragen. Aus ihrer Perspektive ermöglicht dies, Konflikte zu identifizieren oder kleinere Prozessanpassungen im Rahmen der eigenen Zuständigkeit vorzunehmen. Aus Sicht der Autor:innen kann diese Art der punktuellen und gegenseitigen Rückmeldung allerdings eher als Monitoringinstrument im Sinne eines Qualitätsmanagements verstanden werden, damit die Sammlung subjektiver Wahrnehmungen auch als solche verstanden wird und nicht als eine bewertende Gesamtanalyse der Kooperation durch neutrale Akteure. Nichtsdestotrotz erschien diese Form der internen und wechselseitigen Kommunikation für einige Befragte erstrebenswert, wenngleich hier ebenfalls der Bedarf geäußert wurde, dass solche Instrumente von neutralen, externen Beratenden mit Evaluationserfahrung entwickelt und eingeführt werden sollten.

ZEITLICHER RAHMEN

Um in einer Evaluation angemessen mit den Kapazitäten der Akteure umzugehen und auf die Bedarfe eingehen zu können, wurden die Befragten auch zu ihren Vorstellungen zur Planung eines Zeitrahmens für eine Evaluation befragt. Aus unterschiedlichen Gründen machten sich alle Akteursgruppen für lange Zeithorizonte stark: Diese Präferenz wurde z.B. von Seiten der interviewten Beratungsstellen damit begründet, dass externe Evaluierende genug Kontext- und Netzwerkverständnis sowie Vertrauensverhältnisse aufbauen müssen – was erst ab ca. zwei Jahren der Begleitung gelingen könne. Dahinter liegt die Hoffnung, dass Beobachtungen über einen längeren Zeitraum Prozessmuster eher aufdecken können und zudem die Erkenntnis fördern, dass Aussagen zur Wirkung einer Maßnahme auf die Klient:innen in kürzer angelegten Vorhaben methodologisch nicht möglich sind. Auch befragte Koordinierungsstellen betrachten die Detailtiefe der Ergebnisse als vom zeitlichen Rahmen der Erhebung abhängig. Innerhalb einer Kooperation können aus Sicht der Befragten Gelingensbedingungen und intensive Phasen des Austausches in einem Zeitraum von ein bis zwei Jahren besser als in kürzeren Zeiträumen betrachtet und zudem Vertrauen aufgebaut werden. Um auch die Nachbetreuung nach Haftentlassung im Rahmen der Untersuchung abzubilden, sprachen sich auch Befragte aus den Justizbehörden für einen langen Untersuchungszeitraum aus. Dies gelte auch für eine vergleichende Betrachtung von Strukturen über verschiedene Bundesländer hinweg, wobei die Sinnhaftigkeit eines solchen Vergleichs kontrovers diskutiert wurde. Für die befragten Expert:innen hat ein langer Untersuchungszeitraum zusätzlich den positiven Effekt, dass dadurch die Rahmenbedingungen für ressourcenintensive Prozesse, wie die Analyse von Klient:innen-Biografien oder Kontakte mit ihrem sozialen Umfeld (z.B. mit muslimischen Gemeinden) geschaffen werden. Die Vorstellungen hinsichtlich des idealen Zeitrahmens schwankten insgesamt zwischen einem und fünf Jahren. Vereinzelt wurde von Sicherheitsbehörden oder Koordinierungsstellen aber auch die Einschätzung geäußert, dass kurze intensive Untersuchungen sinnvoller sein könnten, da diese durch ein pragmatisches Vorgehen angeleitet werden und schnell verwertbare Ergebnisse erarbeiten würden. Bei diesem Ansatz wurde u.a. ein Zeitrahmen von sechs bis 12 Monaten vorgeschlagen. Begründet wurde dieses Argument mit

der Beobachtung, dass bei langwierigen Prozessen die Motivation zur eigenen Weiterentwicklung von Prozessen verloren gehen könnte.

4.2 DURCHFÜHRUNG

Anschließend an die Planung und Konzeption eines gemeinsamen Evaluationsprozesses erfolgt die Datenerhebung und -auswertung sowie die Kommunikation und Reflexion zu Zwischenergebnissen. Die Methoden zur Auswertung ergeben sich auch aus der Zugänglichkeit zu den Quellen und somit den Daten. In diesem Report werden lediglich methodische Ansätze benannt, die die Befragten als umsetzbar beschrieben. Grundlegend lässt sich zur Methodenwahl einer Evaluation sagen, dass diese vor allem dem Problemverständnis und Erkenntnisinteresse des Auftraggebenden folgen sollte. Dabei ist zu beachten, dass es keinen Goldstandard für die Verwendung oder Kombination von Evaluationsmethoden bei der Untersuchung von Kooperationen gibt (Bundesamt für Gesundheit 1997: 22; Möller et al. 2020: 419)¹⁶. Je nach Situation kann die Anwendung von qualitativen Methoden zur Analyse von Dokumenten, Einzelinterviews oder im Rahmen von Dialogprozessen zentral sein. Konkrete Methoden zur Evaluation von Kooperation wurden in der Befragung nur begrenzt thematisiert, weil im befragten Sample noch wenig Erfahrung von Kooperation vorlag. Im Folgenden werden die ersten Vorstellungen der Befragten zu möglichen Methoden dargestellt.

RAHMENBEDINGUNGEN UND ZUGÄNGE

In Interviews wurde immer wieder die Erwartung geäußert, dass Evaluierende alle Perspektiven auf die Präventionspraxis erfassen und dabei sowohl Dokumentationssichtung und Beobachtung nutzen als auch unbedingt Einzelgespräche mit allen Kooperationspartner:innen durchführen sollten. Dabei sollen sie aus Sicht der Befragten einen offenen, forschenden, authentischen, zugewandten, aber auch kritischen Blick auf den Gegenstand werfen. Um mögliche Zugänge der Evaluation ausfindig zu machen, wurde in den Interviews über Rahmenbedingungen für Evaluationen des Kooperationskontextes gesprochen. Rechtliche Regularien und die Verfügbarkeit von Ressourcen der Akteure wurden als zentrale Rahmenbedingungen aus Sicht der Befragten deutlich:

(1) Bei Evaluation im Kontext von Fallkonferenzen als enger Form der Kooperation stellen aus Sicht der Befragten rechtliche Regularien eine besondere Herausforderung dar. Aus Daten- und Vertrauensschutzgründen gestaltet sich der Zugang zur Teilnahme an Fallkonferenzen sowie zu sensiblen Fallakten schwierig. Im Interview lehnte ein Teil der Sicherheitsbehörden eine Teilnahme von Evaluierenden an Fallkonferenzen ab, andere sprachen sich jedoch für eine Öffnung der Zugänge zu Fallkonferenzen und -akten unter der Bedingung von gewissen Sonderregelungen aus. So sollten Evaluierende sicherheitsüberprüft sein, zur rechtlichen Absicherung die Datenschutzregelungen nach Verschlussache unterzeichnen und könnten ggf. mit anonym- und pseudonymisierten Dokumenten arbeiten. Auch andere Befragte nahmen diesbezüglich überwiegend ablehnende, zum Teil aber auch

16 Siehe auch den Report von Klöckner et al. (2022) in dieser Reihe.

befürwortende Positionen ein. Auch wurde darauf verwiesen, dass die Diskussion hierzu noch sehr jung sei und sich hier erst gewisse Routinen herausbilden müssen.

Auch Zugänge von Evaluierenden zu Einzelberatungsgesprächen mit Klient:innen erweisen sich aus Sicht der Befragten als schwer umsetzbar – insbesondere aus datenschutzrechtlichen und ethischen Gründen. Eine teilnehmende Beobachtung wird von Beratungsstellen und Sicherheitsbehörden überwiegend abgelehnt, weil hierdurch der Beratungsprozess negativ beeinflusst werden könnte. Beratungsstellen nehmen einen großen Druck von Seiten der Mittelgebenden oder der Öffentlichkeit wahr, die Umsetzungsmöglichkeiten von Evaluation parallel zur eigenen Arbeit richtig einzuschätzen und dafür Zeit und personelle Kapazitäten einzuplanen. Denn es sind ebendiese Beratungsstellen, die im engen Kontakt mit den Klient:innen stehen und somit eine hohe Verantwortung dafür haben, was diesen wie kommuniziert wird bzw. welche Maßnahmen aufgrund ihrer jeweiligen psychischen Verfasstheit ethisch vertretbar und umsetzbar sind.

(2) Die knappen Ressourcen der Akteure machen sich laut den Befragten durch Begrenzungen in Zeit, Geld und Personal bemerkbar, die in Evaluation investiert werden könnten. Sowohl Beratungsstellen als auch Sicherheitsbehörden befürchten, dass dadurch eine Evaluation nicht angemessen durchgeführt und externe Evaluierende nicht adäquat in Kontexte eingearbeitet werden könnten.

ERFAHRUNGEN BISHERIGER EVALUATIONEN

In der Erhebung wurden Akteure in Praxis und Wissenschaft dazu befragt, welche Herausforderungen und Befürchtungen sie bezüglich einer wissenschaftlichen Untersuchung von Kooperation zwischen Beratungsstellen und Sicherheitsbehörden sehen und welche Grenzen ihnen in bisherigen Erhebungen begegnet sind.

So erlebten Expert:innen, dass Beratungsstellen eine Teilnahme von Forschenden an Beratungsgesprächen ablehnten, um den Prozess der Distanzierung nicht zu gefährden. Auch im Nachgang der Beratung wurde die Kontaktaufnahme zu Klient:innen abgelehnt, um eine Stigmatisierung oder Re-Traumatisierung zu verhindern. Befragte Praktiker:innen betonten hingegen, dass Vertrauen auch dadurch entsteht, dass kommunizierte Grenzen respektiert und eingehalten werden, sodass eine prozessuale Öffnung der Zugänge analog zum wachsenden Vertrauen vollzogen werden kann. Wenn Evaluierende den beteiligten Akteuren bereits bekannt und vertraut sind bzw. deren Netzwerke, Sprache, Haltung und Struktur kennen, kann aus Sicht von Expert:innen eine Untersuchung jedoch schneller aufgesetzt werden. Auch räumliche Nähe, gerade unter Pandemiebedingungen, kann aus Sicht eines:r Befragten die Netzwerkbildung zwischen Akteuren der Praxis – aber auch zwischen Forschung und Praxis – erleichtern und beschleunigen. Eine Stimme aus der Jugendarbeit merkte an, dass die Polizei oft zu wenig Verständnis dafür aufbringe, wie viel Zeit dieser Prozess der Vertrauensbildung zu den Klient:innen und ihren Umfeldern koste. Aus der Jugendbildungsarbeit und einzelnen Beratungsstellen wurde berichtet, dass in enger Zusammenarbeit mit Schulen bereits eine Sichtung von Fallakten durchgeführt wurde und grundsätzlich möglich sei. In bisherigen Untersuchungen wurden laut den Befragten allerdings selten Fallunterlagen einbezogen, u.a. deshalb, weil sie erst

in anonymisierter bzw. pseudonymisierter Form überbracht werden müssten, was viele Ressourcen bindet oder weil es grundsätzliche datenschutzrechtliche Unsicherheiten und Vorbehalte der Akteure und somit erschwerte Zugänge zur Falldokumentation gab. Begrenzungen des Zugangs zu Daten, die in bisherigen Evaluationserfahrungen aufkamen, sind somit eine klare Grenze, die sich auch bei Evaluationen von Kooperation stellt. So berichtet ein:e Befragte:r, dass Protokolle bereits untersucht wurden und man auch Berichte freigeben könnte, jedoch keine Ressourcen bestehen, um diese zu anonymisieren, was wiederum eine Weiterführung der Untersuchung verhindert. Neben der Sichtung von Fallakten könnte aus Sicht der Befragten auch die generelle Systematik der Falldokumentation betrachtet werden und eine Dokumentenrecherche erfolgen. Dabei sei es aus Sicht der Befragten jedoch fraglich, ob die Struktur der Dokumentation für Externe nachvollziehbar ist. Um Zugänge hier zu ermöglichen, sind also nicht nur die Prozesse des Vertrauensaufbaus entscheidend, sondern auch die Bereitstellung von personellen Ressourcen und die entsprechende Zeit, um Daten für ihre evaluative Sichtung vorzubereiten.

Expert:innen sind zudem der Ansicht, dass Kooperationen bislang auch deshalb noch zu wenig untersucht wurden, weil es noch an einer geeigneten theoretischen Basis für die Untersuchung der komplexen Netzwerke mangle. Dennoch lässt sich feststellen, dass sich in einer bereits vorliegenden Studie macht- und professionstheoretische Theorien sowie Interaktionstheorien als geeignet für die Betrachtung von Kooperationen erwiesen haben (siehe Figlestahler/Schau 2020: 426; Abbott 1988). Diese Ansätze sollten aus Sicht der Autor:innen vertieft werden. Auch empfahlen Evaluierende, dass Netzwerktheorien bei weiteren Untersuchungen neue Perspektiven eröffnen könnten (siehe Taylor et al. 2014).

ERHEBUNGSMETHODEN: SCHRIFTLICHE VERSUS MÜNDLICHE FORMATE

Neben der Auswertung von Dokumenten und Recherchen wurden in einigen Fällen bereits qualitative Interviews und schriftliche Befragungen mit Einzelpersonen im Rahmen von Evaluationen durchgeführt, die andere Erkenntnisinteressen als Kooperation hatten. Vor allem Sicherheitsbehörden und Justizanstalten bevorzugten nach Aussage eines:r Befragten schriftliche Befragungen, weil bei mündlicher Befragung die Angst besteht, dass schon kleine Abweichungen von vorformulierten Definitionen problematisch für die Einzelperson ausgelegt werden können. Der Vorteil von schriftlichen Befragungen liegt, wie der:die Befragte begründete, aus dieser Perspektive darin, dass diese vorab mit der höheren Hierarchieebene abgestimmt werden können. Der Nachteil besteht darin, dass so oft nur Informationen gewonnen werden können, die höchst abstrakt und unspezifisch sind und narrative sowie reflexive Momente, die qualitativen Interviews zu eigen sind, unter den Tisch fallen. Die Bewahrung von geheimhaltungswürdiger Information wurde als Herausforderung beschrieben. Expert:innen schätzten es vor diesem Hintergrund als Erfolg ein, sich überhaupt einen Zugang zu Sicherheitsbehörden erschlossen zu haben. Sicherheitsbehörden zeigten sich den befragten Expert:innen eher als geschlossenes System mit tradierten Verfahrensweisen, für welches der politische Wille zudem entscheidend dafür ist, wie offen Akteure den Forschenden begegnen können. Die methodischen Möglichkeiten sowie die Erkenntnismöglichkeiten von Evaluation werden durch das Zugangsproblem

eingeschränkt. In unserer Befragung äußerten Sicherheitsbehörden zum Teil ganz eindeutig, dass sie keine Details zur Arbeitsweise der eigenen Institution einbringen würden.

Im Rahmen von formativen Forschungsdesigns führten Evaluierende bereits Workshops mit Akteuren durch, was auch zu einer Stärkung der persönlichen Beziehung der an der Kooperation beteiligten Einzelpersonen beitragen kann und so einen unmittelbaren Nutzen entfaltet. In einem Fall wurde jedoch bewusst kein Gruppeninterview durchgeführt, um einen vorhandenen Konflikt zwischen Teilnehmenden verschiedener Akteursgruppen nicht auf destruktive Weise aufbrechen zu lassen. Gerade im Falle von kontinuierlich wiederkehrenden Treffen wurde deutlich, dass die zeitlichen Ressourcen in der Praxis begrenzt sind.

Insgesamt fehlen aus Sicht der Befragten bisher Daten zur Bewertung der Qualität von Kooperationen, auch im Rahmen von losen Kooperationsbezügen. Rein deskriptive, quantitative Daten dazu, wie oft Netzwerkpartner:innen in engen Formaten zusammentreffen, werden hingegen bereits von Koordinierungsstellen erhoben.

PRÄFERENZEN FÜR PRAXISNÄHE

Um besonders praxisförderliche Ergebnisse zu erzielen, benannten die Befragten unterschiedliche Präferenzen im Hinblick auf Evaluationsansätze und -methoden, die bereits im Planungsprozess aufgegriffen werden sollten. Teilnehmende Beobachtungen von Fallrunden durch Forschende wurden, wie dargestellt, eher skeptisch betrachtet. Konkrete Vorteile erhoffte man sich zum Teil eher von einer Teilnahme von Evaluierenden an Einzelgesprächen mit Klient:innen. Sowohl Sicherheitsbehörden als auch Beratungsstellen zeigten sich trotz der bereits diskutierten Spezifitäten im Umgang mit Information offen für Interviews mit Mitarbeiter:innen. Zudem wurde bei dieser Nachfrage eine Anwendung von quantitativen Methoden oder Kontrollgruppen von einer deutlichen Mehrheit der Befragten abgelehnt. Andere Befragte präferierten wiederum ein Dialogformat, die Herstellung eines geschützten Reflexionsraumes oder Prozessevaluation.¹⁷ Eine andere Stimme aus der Befragung betonte die Relevanz, bestehende Netzwerke in Erhebungen einzubinden. In einer Datenerhebung durch teilnehmende Beobachtung an Kooperationsveranstaltungen von behördlichen Netzwerktreffen sowie durch Interviews können aus Sicht eines:r Befragten zudem Probleme ausfindig gemacht werden. In Kooperationsfällen, bei denen keine gewachsene Netzwerkstruktur besteht, könnte aus Sicht eines:r weiteren Befragten explizit erörtert werden, welche Netzwerke aufgebaut werden sollten, etwa zu den Bereichen Finanzen, Arbeit, Ausbildung, soziale und psychiatrische Dienste, Medizin, Gewaltprävention und Demokratieförderung.

17 Je nach Erkenntnisinteresse kann eine Evaluation prozessbegleitend stattfinden oder partizipativ gestaltet werden. Im Kontrast zu Wirkevaluationen, die zumeist nur auf Basis bereits erprobter und etablierter Maßnahmen funktionieren können, legen Prozessevaluationen den Fokus auf Aspekte der Umsetzung des Evaluationsgegenstands (DeGeval 2016: 69).

ERGEBNISSICHERUNG VON FALLKONFERENZEN

Die Ergebnissicherung und -reflexion von Fallkonferenzen¹⁸ wurde als stark organisiert bis wenig geregelt beschrieben. Von Seiten der Beratungsstellen kam der Wunsch auf, die Dokumentation zu verbessern. Auch die Sicherheitsbehörden, mit denen im Rahmen des Reports Gespräche geführt wurden, überlegen derzeit, ob eine zusätzliche und längere Sicherung von Protokollen notwendig ist. Teils wurde aber darauf verwiesen, dass eine Untersuchung der Protokolle uninteressant sei, weil sie aus Sicht des:der Befragten kaum interessante Informationen enthielten oder Information zur Entwicklung einzelner Fälle bewusst nicht darin erfasst werde. Interessanter wäre es aus seiner:ihrer Sicht, den Austausch selbst zu untersuchen, um Fragen zu Kommunikations-, Begegnungs- und Kontaktformen nachgehen zu können. Andererseits, je nach Evaluationsfragestellung, kann bereits das Format, die Gestaltung und nicht nur der Inhalt eines Protokolls, von Interesse sein, wenn z.B. die Fragestellungen explizit die Ergebnissicherung in den Blick nehmen. Auch können Vergleiche zwischen mehreren Quellen entsprechend aufschlussreich sein.

Die Idee einer gemeinsamen Ergebnissicherung wurde zum Teil begrüßt und zum Teil klar abgelehnt. Befürwortungen bezogen sich vor allem auf einen Reflexionsprozess, bei dem Erwartungen der Akteure abgeklärt werden können. Bedenken bezogen sich einerseits darauf, dass eine Verschriftlichung des Prozesses zu heikel ist oder negative Konsequenzen haben könnte. Befürworter:innen einer wissenschaftlichen Begleitung der Ergebnissicherung sahen eine Möglichkeit von Anonymisierung und Unterzeichnung von Verpflichtungserklärungen durch Forschende (zur Behandlung von Dokumenten nach Verschlussache).

Andererseits äußerten sich viele Befragte kritisch zur Ergebnisreflexion von Fallkonferenzen durch Evaluierende, weil die Einbindung von Externen so voraussetzungsreich und damit fast unmöglich sei. Die Option wurde von der Mehrheit als interessant, aber nicht realisierbar bewertet. Offenheit bestand auch hier nur unter der Bedingung der Sicherheitsüberprüfung von Evaluierenden und der Anonymisierung von Dokumenten. Auch wurde die Bedingung genannt, dass interne Informationen aus den Unterlagen entfernt werden oder eine klare Absprache dazu stattfindet, was man in ein Protokoll schreibt, das auch an Externe geht.

Laut der Befragten ist eine Sicherheitsüberprüfung von Evaluierenden nicht für jede Teilnahme zur Beobachtung an einer Fallkonferenz notwendig. Das könnte von Vorteil für eine Untersuchung sein, weil Sicherheitsüberprüfungen sehr lange dauern und dadurch der zeitliche Rahmen einer Evaluation überstrapaziert werden könnte. Manchmal reiche eine einfache Abfrage beim Verfassungsschutz und Landeskriminalamt aus und erfolge schneller. Die Vorgabe, welche Sicherheitsstandards erfolgen müssen, ist vom jeweiligen Bundesland abhängig.

18 Befragte nutzten synonym den Begriff „Sicherheitsrunde“. Eine befragte Person verwies darauf, dass mit *richtigen Fallkonferenzen* aber eigentlich nur Treffen des *Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ)* gemeint seien können, weil diese in ihrer Wichtigkeit nicht vergleichbar seien.

4.3 ERGEBNISVERMITTLUNG UND BERICHTERSTATTUNG

Ein wichtiger Teilschritt jeder Evaluation ist die Ergebnisvermittlung und Berichterstattung. Häufig wird mit diesem letzten Schritt der Evaluation ohne großen Ermessensspielraum und recht technisch verfahren. Letztendlich wird bei anderen Evaluationsprozessen, so geht es aus den Interviews hervor, zumeist die vertraute Form ausführlicher schriftlicher Berichte gewählt, um die Ergebnisse festzuhalten und an die Beteiligten der Evaluation zurückzuspielen bzw. sie zu veröffentlichen. Die Erhebung zeigt jedoch, dass Akteure offen für neue, kreativere Formen des Transfers (z.B. mittels mündlicher Präsentationen und Workshops) sind, vor allem wenn Kooperation den Gegenstand der Evaluation bildet. Auffällig ist, dass die erhobenen Daten zu diesem Themenkomplex akteursübergreifend ein recht homogenes Bild der Bedarfe widerspiegeln und die Befragten insgesamt sehr ähnliche Vorstellungen und Ideen skizzierten. Es besteht Bedarf nach mündlichen Formaten des Austausches und der Ergebnisvermittlung. Das Weiterverfolgen von gegebenen Empfehlungen und deren Umsetzung und Implementierungen im Praxisalltag (Uptake) fehlt laut den Befragten weitestgehend in der langfristigen Planung von Bundesprogrammen.

Vor allem die Beratungsstellen aber auch vereinzelt die staatlichen Behörden und die Fachexpert:innen äußerten Wünsche nach neuen Formen der Ergebnispräsentation, zusätzlich zu den Evaluationsberichten. Besonders mündliche Vorstellungen in Form von Vorträgen auf Fachveranstaltungen, aber auch der Rückgriff auf mehr Schaubilder, Check-Listen und Leitfäden wurden von allen Akteursgruppen genannt. Durch diese zusätzlichen Aufbereitungsformate könnten die Erkenntnisse besser verstanden und internalisiert werden. Wesentliche Empfehlungen sollten am besten mit praktischen Beispielen unterfüttert werden. Besonders die Durchführung von Workshops wurde ausdrücklich hervorgehoben, um durch eine gemeinsame Diskussion der Ergebnisse und der Möglichkeiten einer alltagsnahen, praktischen Umsetzung von Empfehlungen ein lebendiges Lernen zu ermöglichen.

Uneinigkeit herrscht jedoch bezüglich der Konzeption der Workshopformate und besonders hinsichtlich des Teilnehmendenkreises. Um Verständnis- und Austauschproblemen vorzubeugen, präferieren Befragte aus dem Kreis der Justizbehörden, die Teilnahme auf eine behördliche Ebene zu beschränken und so einen offeneren Austausch in einem geschützten Raum zu gewährleisten. Für Praktiker:innen der Beratungsstellen wurden von den Justizmitarbeitenden kürzere Formate angedacht, um Empfehlungen praxisnah weiterzuleiten. Als Positivbeispiel wurden die Handbücher des *Radicalisation Awareness Networks* (RAN) genannt. Einigkeit herrschte jedoch darüber, dass es vor allem in Kooperationskontexten wichtig sei, allen beteiligten Akteuren die Ergebnisse zurückzuspielen und keine Gruppierung außen vor zu lassen.

Akteursübergreifend nannten alle Praktiker:innen knappe Zeitressourcen der Mitarbeitenden als unbedingt zu berücksichtigenden Faktor. Eine übersichtliche Darstellung der Erkenntnisse, aus der die relevanten Punkte und Empfehlungen einfach und deutlich hervorgehen, wird als elementar empfunden. Wesentliche Grundlageninformationen und der Kontext sollten klar vermittelt und zu Beginn einer Ergebnispräsentation benannt werden. Zusätzlich bedarf es jedoch der Möglichkeit, dass sich Interessierte auch in Details hineinlesen können, selbst wenn für die Lektüre der ausführlichen Eva-

luationsberichte meist wenig Zeit bleibt. Die Struktur der Ergebnispräsentation nimmt aus Sicht der Autor:innen somit eine wichtige Funktion ein und sollte gut durchdacht sein. Expert:innen schlugen weiterhin vor, eine zielgruppengerechte Ausdifferenzierung vorzunehmen und die Ergebnispräsentation an die jeweiligen Adressat:innen anzupassen; ein Vorschlag, der sich gut mit den von einigen Akteursgruppen geforderten, akteursgruppenspezifischen (Workshop-)Formaten und Diskussionsräumen in Einklang bringen lässt. Vor allem darf aus Sicht der Befragten die kompakte Aufbereitung der Ergebnisse für politische Entscheidungsträger:innen auch auf ministerieller Ebene nicht außer Acht gelassen werden, um sicherzustellen, dass Ergebnisse von den zuständigen Akteuren rezipiert und berücksichtigt werden können.

Während in der Planung der Evaluation also bereits darüber nachgedacht werden muss, welche Akteure grundsätzlich von den Implikationen der jeweiligen Evaluation betroffen sein könnten, muss im Verlauf der Umsetzung und v.a. im Zuge der Ergebnisaufbereitung noch einmal detailliert reflektiert werden, welche der tatsächlichen Ergebnisse für welche Stakeholder relevant sind und welche Aufbereitungs- und Präsentationsformate für diese Zielgruppen angemessen sind.

EMPFELUNGSENTWICKLUNG UND UMSETZUNGSPLAN

Bezüglich der Aufbereitung der Ergebnisse betonten nicht nur die Beratungsstellen selbst, sondern auch Akteure aus den Sicherheitsbehörden, Koordinierungsstellen und Justizbehörden die Wichtigkeit von praxisnahen Empfehlungen. Passend dazu formulierten die Befragten der Beratungsstellen konkrete Wünsche bezüglich der Ergebnispräsentation und der Darstellung des Kooperationskontextes. Vor allem die Tatsache, dass Evaluationen die Professionalisierung der Praxis zum Ziel hätten, müsse betont werden, um den Eindruck zu vermeiden, es ginge um eine Kritik einzelner Akteursgruppen. Insgesamt wurde in der Befragung deutlich, dass der langfristige Beziehungs- und Vertrauensaufbau zwischen Evaluierenden und den Mitarbeitenden der zu evaluierenden Projekte auch für die Ergebnisaufbereitung und -vermittlung eine zentrale Rolle spielt. So wurde z.B. die Notwendigkeit der persönlichen, dialogischen Erörterung der Ergebnisse hervorgehoben und auch von Seiten der befragten Evaluierenden betont, dass keine Formulierung von Empfehlungen stattfinden sollte, ohne dass zuvor Möglichkeiten der Umsetzbarkeit mit den betreffenden Praktiker:innen besprochen wurden. Um zudem falsche Rückschlüsse zur Generalisierbarkeit und Repräsentativität der Ergebnisse zu vermeiden, wünschen sich einige Befragte klare Hinweise zum Bezugsrahmen und Kontext, in welchem die jeweiligen Aussagen zu verorten sind. Es wurde zudem der Wunsch geäußert, in Formaten für Praktiker:innen möglichst detaillierte und kleinteilige Empfehlungsschritte aufzunehmen, um so eine zielgerichtete Umsetzung zu unterstützen. Je abstrakter und allgemeiner die Empfehlungen ausfielen, desto weniger wahrscheinlich sei es, dass Erkenntnisse im Praxisalltag aufgegriffen werden. Anmerkungen zum Datenschutz bzw. Empfehlungen, die aufgrund der rechtlichen Bedingungen nicht umsetzbar sind, werden als wenig hilfreich empfunden, weil sich grundsätzliche Regelungen nicht ändern lassen.

Grundsätzlich müssen Evaluierende aus Sicht der Befragten darauf achten, in allen Aufbereitungsformaten zielgruppengerechte Sprache zu verwenden. Die korrekte Kontextualisierung und

Verwendung von Fachbegriffen bzw. die Nutzung politisch sowie gesellschaftlich sensibler und diplomatischer Formulierungen in Ergebnispublikationen wurden besonders von Befragten aus dem Justizsektor hervorgehoben. Zusätzlich gab es den Vorschlag, innerhalb der jeweiligen Organisationen einzelne Mitarbeitende konkret mit der Umsetzung der Ergebnisse zu beauftragen.

VERBREITUNG DER ERGEBNISSE

Die befragten Akteure wurden dazu befragt, wem die Ergebnisse von Evaluationen in diesem zumeist sicherheitsrelevanten Bereich zugänglich gemacht werden sollten. Die Befragten sprachen Vor- und Nachteile von Ergebnispublikationen für die breite Öffentlichkeit oder für ein kleines Fachpublikum an. Insgesamt zeigen sich durch alle Akteursgruppen hinweg ähnliche Vorbehalte und Lösungsansätze.

Vorteile einer breiten Streuung der Erkenntnisse an die Öffentlichkeit wurden als Mehrwert gesehen, da dadurch viele Adressat:innen von den Ergebnissen profitieren können. Weiterhin äußerten Befragte die Hoffnung, dass eine breite Bekanntmachung zum Abbau von Vorbehalten gegenüber der Sinnhaftigkeit von Bewährungshilfe und Distanzierungsarbeit und somit zu größerer gesellschaftlicher Akzeptanz führen könnte – insbesondere, wenn Ergebnisse die Effektivität der Maßnahmen belegen. Aber auch kritische Ergebnisse könnten aus Sicht der Befragten einen positiven Effekt erzielen, indem sie vermitteln, dass eine transparente Kommunikation stattfindet, Probleme bereits bearbeitet und Lösungswege gesucht werden. Darüber hinaus hätte eine breite Veröffentlichung der Ergebnisse das Potenzial, den Akteuren institutioneller Hilfesysteme (z.B. Jugendamt, Frauenhäuser, Jobcenter) zu verdeutlichen, dass ihre Kooperation mit Programmen der Tertiärprävention einen wichtigen Beitrag in der Extremismusprävention leistet und könnte somit zukünftige Kooperationen anstoßen.

Nachteile einer breiten Veröffentlichung wurden zumeist in einer fehlerhaften oder politisch beeinflussten Interpretation der Ergebnisse gesehen. Diese Möglichkeit müsse bei der Entscheidung über das Format der Veröffentlichung stets mitbedacht werden. Eine falsche Information, womöglich dramatisierende oder polarisierende Darstellung von Ergebnissen im sensiblen Kontext von Kooperationen zwischen Sicherheitsbehörden und Zivilgesellschaft berge demzufolge das Risiko, öffentlichen Unmut und Unverständnis für das Tätigkeitsfeld auszulösen. Auch eine bewusste ideologische Fehlinterpretation und Ausschächtung durch extremistische Akteure wird befürchtet, die zu einer falschen Wahrnehmung der Kooperationen und jeweiligen Rollen führen könnten. So könne z.B. die fälschliche Darstellung der Rolle von zivilgesellschaftlichen Partner:innen als Informationsgeber der Sicherheitsbehörden zu Vertrauensverlusten und langfristig negativen Konsequenzen für die Glaubwürdigkeit der Akteure führen. Insgesamt äußerten viele der Befragten institutionsübergreifend die Sorge, dass als Resultat einer breiten Veröffentlichung vor allem Beratungsstellen einem zu hohen öffentlichen Druck ausgesetzt werden könnten. Die mangelnde Übertragbarkeit von Ergebnissen aufgrund der strukturellen Unterschiede in Deutschland wurden ebenfalls hervorgehoben. Zusätzlich wurden eine höhere Arbeitsbelastung durch Anfragen und anzufertigende Stellungnahmen als Resultat der Veröffentlichung befürchtet.

Für die Praxis ist es hilfreich, wenn Handlungsvorschläge als Teil der Ergebnisse des Evaluationsprozesses formuliert werden. Vereinzelt kam der Wunsch auf, Datenbanken zur Orientierung zu erstellen und Qualitätssicherung bzw. Standardisierung voranzubringen oder eben genau dort eine Serviceleistung von außen in Anspruch zu nehmen.

Die Sicherheitsbehörden sehen sich bezüglich der Veröffentlichung mit besonderen rechtlichen Rahmenbedingungen konfrontiert. Bestimmte Informationen zu Arbeitsweisen der eigenen Institution dürfen teils aus rechtlichen Gründen nicht geteilt werden – zumindest schwingt hier immer wieder die Sorge mit, an dieser Stelle zu sehr ins Risiko zu gehen. Die Zustimmung zu einer Publikation aller erhobenen Daten fiel deshalb in dieser Akteursgruppe am geringsten aus, es wurde sogar der Vorschlag geäußert, dass das Einverständnis dazu, nicht alle Daten zu veröffentlichen, eine Grundvoraussetzung für die Kooperation der sicherheitsbehördlichen Akteure sein müsse. Vielmehr betonten sie die Relevanz der Einhaltung von Datenschutzregelungen auch im Kontext der Ergebnispublikation. In einigen Polizeidienststellen wurden polizeieigene Evaluationsstellen etabliert, da es ein wichtiges Anliegen ist, Ergebnisse in einem geschützten Raum diskutieren zu können.

Die Befragten bieten indes auch direkt eine mögliche Lösung dieses Dilemmas an, die in der Aufteilung der Ergebnisse, basierend auf dem Veröffentlichungsgrad, liegt. So könnte zum einen ein detaillierter interner Austausch stattfinden, in dessen Rahmen die Probleme und Verbesserungsbedarfe offen kommuniziert und diskutiert werden können. Zum anderen machten sich einige Akteure aus Datenschutz- und Geheimschutzgründen für eine sensible, gut durchdachte Veröffentlichungsstrategie stark, die dieser Komplexität Rechnung trägt und eine verkürzte Version der Ergebnisse für die Öffentlichkeit vorsieht. Als ein gutes Beispiel für die interne Verbreitung in Fachkontexten wurden die regelmäßig stattfindenden Netzwerktreffen zwischen Behörden und Zivilgesellschaft, die die *Beratungsstelle Radikalisierung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge* (BAMF) ausrichtet, angeführt. Eine Vermittlung der Gesamtergebnisse im geschützten Raum ist außerdem für die praktische Umsetzung der Ergebnisse von Vorteil. Um etwa über Optimierung der Meldewege bzw. Optimierung durch den Abbau von Doppelstrukturen sprechen zu können, ist ein fundiertes Vertrauensverhältnis notwendig. Dieser Schritt des Lernens von Evaluationen wurde betont und erklärt, dass ein wirklicher Lerneffekt zu Prozessen, Fallarbeit und Kooperationen nur in einem geschützten Raum ohne breite Öffentlichkeit stattfinden könne. Die breitere Veröffentlichung von Teilergebnissen könnte dann wiederum auch der Rechenschaftspflicht gegenüber den Steuerzahler:innen dienen.

Von Seiten einiger Befragter gab es Vorschläge zur zentralisierten Sammlung und Zirkulation öffentlicher Evaluationsergebnisse, z.B. über eine Evaluationsdatenbank. Hintergrund ist der Wunsch, über einen solchen Weg hilfreiche Ansätze für neue Projekte und eventuelle Schief lagen leichter identifizieren zu können sowie die generelle Unübersichtlichkeit bisheriger Forschungs- und Evaluationsergebnisse im Themenfeld aufzulösen. Auch die Schaffung einer übergreifenden Institution, die die Sammlung und Aufbereitung aller relevanten Studien und Evaluationen zum Ziel hat, wurde als eine Möglichkeit genannt. Um die Erkenntnisse der Wissenschaft in die Praxislandschaft hineinzutragen, wurden Verteilernetzwerke als hilfreiche Instrumente benannt und beispielhaft das *Radicalisation Awareness Network* (RAN) oder das BAMF-Netzwerk angeführt, nach dessen Vorbild ein Austausch zwischen Forschung und Praxis organisiert werden könnte.

Festzuhalten ist, dass der Umgang mit (Teil-)Ergebnissen einen nicht zu unterschätzenden eigenen Prozess innerhalb verschiedener Umsetzungsphasen der Evaluation darstellt und es einen hohen Bedarf an kreativen, lernfördernden Ansätzen zusätzlich zum klassischen Berichtswesen gibt. Vor allem die mündliche, interaktive Form der Erkenntnispräsentation könnte eventuellen Missverständnissen oder Bedenken der Adressat:innen entgegenwirken, da Ergebnisse im Dialog besser kontextualisiert werden können. Auch wenn die negativen Konsequenzen einer Veröffentlichung von Ergebnissen ernst genommen werden sollten, zeigt sich grundsätzlich auch das Potenzial, dass eine transparentere Fehler- und Lernkultur dazu beitragen könnte, ein breiteres öffentliches und politisches Verständnis der Arbeit und den Bedarf nach evaluationsgestützter Professionalisierung von Kooperationsformaten zu generieren.

5. FAZIT UND EMPFEHLUNGEN AN PRAXIS, FORSCHUNG UND POLITIK

In diesem Report wurden die Ansichten und Bedarfe von 47 Praktiker:innen und Expert:innen mit verschiedenen professionellen Hintergründen zu Möglichkeiten und Grenzen der Evaluation und Qualitätssicherung von Kooperation zwischen sicherheitsbehördlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren vorgestellt. Um Möglichkeiten und Grenzen von Evaluation des Gegenstandes *Kooperation* zu erfassen, wurde in der Erhebung sowohl nach dem potenziellen Mehrwert von Kooperation an sich als auch nach möglichen Herausforderungen potenzieller Evaluationen von Kooperation gefragt. Hierbei ergaben sich kontroverse Sichtweisen sowohl gegenüber den praktischen Zugängen für Evaluierende (etwa zu Fallkonferenzen oder Gesprächen mit Klient:innen) als auch gegenüber Kooperationsformaten an sich – und in diesem Kontext vor allem engen Formen als relativ neuem Phänomen in vielen Bundesländern.

Die Aussagen der Befragten zeigen, dass die Gestaltung von allseitig als gewinnbringend und funktional begriffener Kooperation bzw. Abgrenzung kein Selbstläufer ist. Die Herausforderungen bewegen sich auf mehreren Ebenen. So berichten Befragte von Herausforderungen in Verfahren und Rollenverständnissen (Bedarfe hinsichtlich der Struktur- und Prozessqualität), aber auch in Fragen der Wirkungen bei den finalen Adressat:innen von Kooperation (Bedarfe hinsichtlich der Ergebnisqualität). Diese Dimensionen lassen sich jedoch nicht losgelöst voneinander betrachten. Es muss allerdings auch festgehalten werden, dass ein gutes Kooperationsklima oder eine hohe Zielkongruenz alleine nicht automatisch zu guten Ergebnissen führen, denn Kooperation ist kein Selbstzweck. Die Kooperation der Akteure zielt vielmehr auf die Erhöhung der Handlungsfähigkeit und Problemlösekompetenz in Bezug auf die finalen Adressat:innen (Klient:innen) bzw. auf die gesamtgesellschaftliche Gefahrenminimierung ab – je nach professioneller Perspektive. Eine systematische Begleitung und Ergebnisspiegelung durch Evaluation kann hier eine wesentliche Rolle spielen, kann sie doch einen wichtigen Reflexionsrahmen bereitstellen. Bei diesen grundsätzlichen Punkten herrschte unter den Befragten weitestgehend Einigkeit. Operativ und hinsichtlich konkreter Bedarfe ergaben sich dann aber durchaus Kontroversen, die allerdings nicht unüberbrückbar erscheinen. Insbesondere erscheint es wichtig, die Eigeninteressen und Differenzen der verschiedenen Akteure zum Nutzen aller auszutarieren. Die spezifische Aufgabe der Evaluation ist es dann, Daten zu sammeln und zu interpretieren, um eine Entscheidungsbasis für Veränderungen zu schaffen. Dazu braucht es aus Sicht

der Befragten eine Evaluation, die Akteure beteiligt, verschiedene Herausforderungen im konkreten Einzelfall benennt und die Aushandlung von Lösungen unterstützt. Hiermit gemeint ist ein weites Verständnis von Evaluation, das über Kontrolle bzw. Legitimation hinausgeht und sein Augenmerk vielmehr auf die praktische Entwicklung der Kooperationspraxis legt.

Um eine schnelle Überführung der Ergebnisse von Evaluation zu ermöglichen, sollte diese aus Sicht der Autor:innen und in Abwägung der von den Befragten ausgedrückten Positionen eng an die Bedarfe und Herausforderungen der Praxis gekoppelt sein. Das spricht für eine gestaltende Rolle von Evaluation – dies ist nichts Neues, allerdings scheint es in den in diesem Report erhobenen Evaluationserfahrungen und -bedarfen im Feld der Kooperationskontexte bisher nicht ausreichend vermittelt. Um der Fragilität und in Teilen der Neuartigkeit von engen Kooperationspraktiken Rechnung zu tragen, bieten sich formative Evaluationsdesigns zunächst einmal an, um eine Zielformulierung der Akteure zu fördern und die effektive Ausgestaltung von Kooperationsformaten sowie der jeweiligen Rollen zu unterstützen.

Der Evaluationsgegenstand *Kooperation* an sich weist gegenüber klassischen Evaluationsgegenständen einige Besonderheiten auf, wie die Diversität von und Vielzahl an Akteuren sowie hohe politische Sensibilität. Dies liegt etwa an den sensiblen persönlichen Daten, die Gegenstand solcher Kooperationsformate sind sowie oftmals an der Sicherheitsrelevanz der besprochenen Inhalte und Verfahren, die nicht ohne Weiteres öffentlich diskutiert werden können. In der Planung von Evaluationen ist die interne Transparenz über das Vorgehen und den Evaluationszweck aus Sicht der Autor:innen deshalb sehr wichtig. In der Umsetzung sollten die Evaluationsmethoden an den Gegenstand angepasst sein und die besonderen Rahmenbedingungen von Kooperation berücksichtigen. Feedback sollte nicht erst in der Ergebnisvermittlung eingeholt werden, sondern in den gesamten Prozess einfließen. Zusätzlich zur Evaluation von Kooperationen stellt auch die interne Qualitätssicherung von Akteuren eine aktuelle Herausforderung dar. Qualitätsmanagement in der Sekundär- und Tertiärprävention sollte als lernendes System etabliert werden, das eine flexible Gestaltung interner Abläufe, unterschiedlicher Zeitrahmen und Teamkonstellationen zulässt. In einer zukünftigen Studie könnten die benannten Bedarfe und Vorstellungen zu methodischen Ansätzen genauer auf ihre Umsetzbarkeit hin diskutiert werden bzw. ein exemplarisches Evaluationsdesign für einen konkreten Kooperationskontext entwickelt werden.

Zusammenfassend lassen sich einige zielgruppenspezifische Empfehlungen für die Praxis, Forschung sowie Politik und Verwaltung aus unserer Studie heraus formulieren:

EMPFEHLUNGEN AN DIE ZIVILGESELLSCHAFTLICHE UND SICHERHEITSBEHÖRDLICHE FACHPRAXIS

- (1) Evaluationen werden von den an Kooperationsformaten beteiligten Akteuren häufig noch auf Nachweis von Wirkung, auf Kontrolle durch und Legitimation gegenüber Mittelgebenden verengt. Auch wenn dies eine wichtige Funktion von Evaluation darstellt, ist es nur ein möglicher Einsatz. Mit der Vermittlung eines breiteren Evaluationsverständnisses kann (und sollte) sich die Fachpraxis aus Sicht der Autor:innen mehr gegenüber Evaluation öffnen können. Sie for-

dert dieses weite Evaluationsverständnis auch ein. Das Wissen zu Evaluation kann durch die Beratung von Forschenden bei Mitarbeitenden vertieft werden. Durch begleitende Evaluationen können Projekte auch ihre interne Qualitätssicherung professionalisieren.

- (2) Eine Evaluation von Kooperationen zwischen Akteuren in den hier untersuchten engen sowie losen Kooperationskontexten sollte laut den Befragten in einem ersten Schritt auf Rollenklärung sowie auf Verständnisaufbau und Vertrauensbildung zwischen Akteuren fokussieren. Dadurch kann aus Sicht der Autor:innen der konkrete Bedarf an einer Verbesserung der Prozess- und Strukturqualität aufgegriffen werden. Andere Bedarfe nach Zielsetzungen von Evaluation, etwa mit Fokus auf die Ergebnisqualität von Vorhaben in Kooperationen, ergeben sich oft erst im Anschluss an diese Klärung. Gegebenenfalls kann eine Evaluation auch nur in engen Kooperationsformaten gewinnbringend und möglich sein, nachdem eine stärkere Rollenklärung von Akteuren etabliert ist.

EMPFEHLUNGEN AN DIE FORSCHUNG

- (1) Evaluationen in diesem Feld sollten aus Sicht vieler befragter Kooperationsakteure und Expert:innen zumeist partizipativ angelegt sein, sodass Evaluierende auf die Erwartungen und Bedarfe von Praktiker:innen bereits vor oder während der Durchführung eines Vorhabens eingehen können. Auch Praktiker:innen können durch partizipative Ansätze Erkenntnisse der Evaluierenden direkt in die Kommunikationsgestaltung und -umsetzung parallel zu laufenden Kooperationsprozessen einfließen lassen. Zudem können dadurch ein respektvoller Dialog und ein gegenseitiges Lernen der Akteure ermöglicht werden, die für eine funktionierende Kooperation elementar sind.
- (2) Praxisverständnis ist laut den Befragten eindeutig ein zentrales Erfolgsmerkmal für eine gelungene Evaluation, die umsetzbare Empfehlungen formulieren kann. Evaluierende sollten idealerweise bereits über ein gutes Netzwerk und vertiefte fachliche Kenntnisse verfügen.
- (3) Befragte betonten, dass Ergebnisse von Studien zielgruppengerecht präsentiert werden sollten. Multiple Formate können ausgewählt werden, um die Ergebnisse bedarfsgerecht zu vermitteln. Berichte sollten kurz und übersichtlich sein sowie Visualisierungen enthalten. Idealerweise sollte eine mündliche Präsentation im Rahmen eines Workshops die Option zur Diskussion erlauben. Auch dies erfordert Evaluierende mit guter Kenntnis des Fachgebiets und der praktischen Voraussetzungen der Arbeit.
- (4) Die Fachpraxis, darunter vor allem Sicherheitsbehörden, formuliert den Wunsch nach einer Vorstellung von Evaluationsergebnissen in einem geschützten Raum vor Fachpublikum. Dadurch kann der Druck für die Praxis verringert und die Entwicklung einer lebendigen Fehlerkultur gestärkt werden. Mit der Veröffentlichung von Evaluationsergebnissen sollte deshalb sorgsam umgegangen werden und dies eng mit den beteiligten Kooperationsakteuren abgestimmt werden.

EMPFEHLUNGEN AN DIE POLITIK UND VERWALTUNG

- (1) Fördermittel für eine langfristige Betrachtung von Kooperationen sollten von den Auftraggebenden abgesichert werden – dies setzt eine frühzeitige Finanzierung von Evaluationen ebenso voraus wie eine Finanzierung im Bereich der Ergebnisvermittlung. Die Finanzierung ist auch für die gute Vorbereitung einer Evaluation notwendig, da sonst der Vertrauensaufbau und somit die Öffnung von Datenzugängen nicht bewerkstelligt werden können. Nur dadurch können Prozesse aus Sicht der Autor:innen gegenstandsangemessen und bedarfsspezifisch begleitet werden.
- (2) Befragte benannten Bedarfe nach einem überregionalen, phänomenfeldübergreifenden und kontinuierlichen Austausch zur Gestaltung von Kooperationsformaten und etwaigen Evaluationserfahrungen im Allgemeinen. Darunter fallen Themen der Zielklärung, der Rollenklärung, der Gestaltung von Kooperationsvereinbarungen, der Aushandlung verfahrenstechnischer Fragen, des Datenschutzes und der rechtlichen Grundlagen im Speziellen. Hier könnten dauerhafte Strukturen des Austausches durch Mittelgebende unterstützt werden.

- Abbott, Andrew 1988: The system of professions. An essay on the division on expert labor, Chicago.
- Armbrorst, Andreas/Biene, Janusz/Coester, Marc/Greul, Frank/Milbradt, Björn/Nehlsen, Inga 2018: Evaluation in der Radikalisierungsprävention: Ansätze und Kontroversen, PRIF Report 11/2018, Frankfurt a.M.
- Baaken, Till/Becker, Reiner/Björgo, Tore/Kiefer, Michael/Korn, Judy/Mücke, Thomas/Ruf, Maximilian/Walkenhorst, Dennis 2018: Herausforderung Deradikalisierung: Einsichten aus Wissenschaft und Praxis, PRIF Report 9/2018, Frankfurt a.M.
- Bundesamt für Gesundheit 1997: Leitfaden für die Planung von Projekt- und Programmevaluation, Bern.
- Bundesregierung 2021: Abschlussbericht des Kabinettsausschusses zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus.
- Döring, Maurice/Neitzert, Alina/Röing, Tim/Boemcken, Marc von 2020: Prävention extremistischer Radikalisierung in NRW. Keine Vereinnahmung Sozialer Arbeit durch Sicherheitslogik! Policy Brief 2, Bonn.
- Figlestahler, Carmen/Schau, Katja 2020: Zwischen Kooperation und Grenzziehung – Aushandlungen von Sicherheitsbehörden und Akteur*innen Sozialer Arbeit in der Radikalisierungsprävention, in: Soziale Passagen 12: 2, 421–439.
- Figlestahler, Carmen/Schau, Katja 2021: Zusammenarbeit zwischen Sozialer Arbeit und Sicherheitsbehörden in der Radikalisierungsprävention, <https://m.bpb.de/politik/extremismus/radikalisierungspraevention/340428/soziale-arbeit-und-sicherheitsbehoerden>.
- Frevel, Bernhard/John, Tobias 2014: Kooperative Sicherheitspolitik als Konsequenz von Sekuritisaton. Der Wandel lokaler Sicherheitsstrukturen im Kontext eines neuen Sicherheitsbegriffs, in: Lange, Hans-Jürgen/Wendekamm, Michaela/Endreß, Christian (Hrsg.): Dimensionen der Sicherheitskultur, Wiesbaden, 341–358.
- Gesellschaft für Evaluation e.V. (DeGEval) 2016: Standards für Evaluation.
- Klößner, Mona/Verhovnik-Heinze, Melanie/Schlicht-Schmälzle, Raphaela/Nakamura, Reiko/Strunk, Julius 2022: Multimethodische Evaluationsdesigns – Eine Erhebung der sozialwissenschaftlichen Praxis, PRIF Report, Frankfurt/M.
- Häselner-Bestmann, Sarah 2019: Partizipative Evaluationsforschung, <https://www.bpb.de/politik/extremismus/radikalisierungspraevention/293063/partizipative-evaluationsforschung>.
- Görgen, Thomas/Arnold, Andreas/vom Feld, Lara/Kudlacek, Dominic/Fleischer, Stephanie/Treskow, Laura/Johannigmeier, Louisa/Rook, Leonie 2021: Abschlussbericht zum Projekt „Best practices der Zusammenarbeit von Sicherheitsbehörden und Zivilgesellschaft im Hinblick auf die Verhinderung von vorurteilsgeleiteten Straftaten“ an das Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat, Bremerhaven, Münster.
- Jasch, Michael 2018: Polizei und Soziale Arbeit. Austausch statt Kooperation!, in: Deutsches Polizeiblatt: 3, 1–2.
- Johansson, Susanne/Junk, Julian/Liebich, Johanna/Walkenhorst, Dennis 2022: Klientenzentrierte Evaluation in Multi-Agency-Settings der Extremismusprävention – Möglichkeiten und Grenzen

- eines wirkungsorientierten Vorgehens, PRIF Report 6/2022, Frankfurt/M., DOI: 10.48809/prifrep2206.
- Jukschat, Nadine/Leimbach, Katharina 2019: Radikalisierung als hegemoniales Paradigma. Eine empiriebasierte kritische Bestandsaufnahme, in: BEHEMOTH 12: 2, 11–23.
- Klößner, Mona/Verhovnik-Heinze, Melanie/Schlicht-Schmälzle, Raphaela/Nakamura, Reiko/Strunk, Julius (2022): Multimethodische Evaluationsdesigns: eine Erhebung der sozialwissenschaftlichen Praxis, PRIF Report 1/2022, Frankfurt/M, DOI: 10.48809/prifrep2201.
- KN:IX 2020: Kompetenznetzwerk „Islamistischer Extremismus“ (KN:IX). Herausforderungen, Bedarfe und Trends im Themenfeld.
- Merten, Ueli 2015: Professionelle Kooperation: Eine Antwort auf die Zersplitterung und Ausdifferenzierung sozialer Dienstleistungen. in: Merten, Ueli/Kaegi, Urs (Hg.): Kooperation kompakt. Professionelle Kooperation als Strukturmerkmal und Handlungsprinzip der Sozialen Arbeit, Opladen, 21–70.
- Möller, Kurt (Hrsg.) 2010: Dasselbe in grün? Aktuelle Perspektiven auf das Verhältnis von Polizei und Sozialer Arbeit, Weinheim.
- Möller, Kurt 2018: Soziale Arbeit und Polizei bei der Bearbeitung von Jugendkriminalität – Kooperation trotz Unterschiedlichkeit, in: Dollinger, Bernd/Schmidt-Semisch, Henning (Hrsg.): Handbuch Jugendkriminalität. Interdisziplinäre Perspektive, Wiesbaden, 427–442.
- Möller, Kurt/Buschbom, Jan/Pfeiffer, Thomas 2020: Zur Evaluation von Praxisansätzen der Extremismusprävention, in: Ben Slama, Brahim/Kemmesies, Uwe: Handbuch Extremismusprävention – Gesamtgesellschaftlich. Phänomenübergreifend, Wiesbaden, 389–428.
- Ruf, Maximilian/Walkenhorst, Dennis 2021: Evaluation im Kooperationskontext. Chancen zur Gestaltung der Zusammenarbeit von Sicherheitsbehörden und Zivilgesellschaft (PRIF Spotlight), Frankfurt a.M.
- Said, Behnam T./Fouad, Hazim 2018: Countering Islamist Radicalisation in Germany. A Guide to Germany's Growing Prevention Infrastructure (ICCT Policy Brief).
- Santen, Erik van/Seckinger, Mike 2003: Kooperation: Mythos und Realität einer Praxis. Eine empirische Studie zur interinstitutionellen Zusammenarbeit am Beispiel der Kinder- und Jugendhilfe, München.
- Santen, Erik van/Seckinger, Mike 2017: Kooperation und Konflikt. in: Kessl, Fabian/Kruse, Elke/Stövesand, Sabine/Thole, Werner (Hg.): Soziale Arbeit - Kernthemen und Problemfelder, 194–201.
- Scheuble, Sophie/Scheele, Rik 2021: Effective and Realistic Quality Management and Evaluation of P/CVE.
- Schiffauer, Werner 2015: Sicherheitswissen und Deradikalisierung, in: Molthagen, Dietmar (Hrsg.): Handlungsempfehlungen zur Auseinandersetzung mit islamistischem Extremismus und Islamfeindlichkeit. Arbeitsergebnisse eines Expertengremiums der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin, 216–243.
- Schuhmacher, Nils 2018: Ein neues Bild der Prävention? Zur Tendenz der „Versicherheitlichung“ im pädagogischen Feld, in: Glaser, Michaela/Frank, Anja/Herding, Maruta (Hrsg.): Gewaltorientierter

Islamismus im Jugendalter. Perspektiven aus Jugendforschung und Jugendhilfe, Weinheim, Basel, 158–166.

Seckinger, Mike 2001: Kooperation - eine voraussetzungsvolle Strategie in der psychosozialen Praxis, in: Praxis der Kinderpsychologie und Kinderpsychiatrie 50: 4, 279–292.

Sivenbring, Jennie/Malmros, Robin A. 2019: Mixing Logics. Multiagency Approaches for Countering Violent Extremism, Gothenburg.

Taylor, Madeleine/Plastrik, Peter/Coffman, Julia/Whatley, Anne 2014: Evaluation Networks for Social Change: A Casebook, https://www.evaluationinnovation.org/wp-content/uploads/2014/07/%E2%80%8Ewww.networkimpact.org/wp-content/uploads/2014/10/NetworkEval-GuidePt2_Casebook_Rev.pdf.

Uhlmann, Milena 2017: Evaluation der Beratungsstelle „Radikalisierung“ – Abschlussbericht, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge Forschungsbericht 31, Nürnberg.

PRIF REPORT

Die PRIF Reports analysieren Hintergründe politischer Ereignisse und Entwicklungen und präsentieren wissenschaftliche Forschungsergebnisse in Deutsch oder Englisch.

Koynova, Svetla/Mönig, Alina/Quent, Matthias/Ohlenforst, Vivienne: Monitoring, Evaluation und Lernen: Erfahrungen und Bedarfe der Fachpraxis in der Prävention von Rechtsextremismus und Islamismus, PRIF Report 7/2022, Frankfurt/M.

Johansson, Susanne/Junk, Julian/Liebich, Johanna/Walkenhorst, Dennis (2022): Klientenzentrierte Evaluation in Multi-Agency-Settings der Extremismusprävention. Möglichkeiten und Grenzen eines wirkungsorientierten Vorgehens, PRIF Report 6/2022, Frankfurt/M.



www.hsfk.de/PRIF-Reports

www.hsfk.de/HSFK-Reports

PRIF SPOTLIGHT

Die PRIF Spotlights diskutieren aktuelle politische und gesellschaftliche Themen.

Pfeifer, Hanna/Al Malla, Houssein/Weiß, David (2022): "Enlist Now!" – Or Don't? Why we should be concerned about foreign fighting in Ukraine, PRIF Spotlight 5/2022, Frankfurt/M.

Wolff, Jonas (2022): Deutsche Demokratieförderpolitik. Ampelkoalition auf Kurswechsel?, PRIF Spotlight 4/2022, Frankfurt/M..

PRIF SPOTLIGHT

DIE RICHTIGE FRAU AM RICHTIGEN ORT

Die Wirkung des russischen Föderationsgesetzes 2014 an Föderale Mitglieder

Am 12. Juli 2014 wurde das russische Föderationsgesetz (FG) in Kraft gesetzt. Es regelt die Beziehungen zwischen den Föderationseinheiten und der Föderation. Das Gesetz ist ein zentraler Bestandteil des russischen Verfassungsrechts und hat erhebliche Auswirkungen auf die politische und rechtliche Struktur des Landes.



Das Föderationsgesetz (FG) ist ein zentraler Bestandteil des russischen Verfassungsrechts und hat erhebliche Auswirkungen auf die politische und rechtliche Struktur des Landes. Es regelt die Beziehungen zwischen den Föderationseinheiten und der Föderation. Das Gesetz ist ein zentraler Bestandteil des russischen Verfassungsrechts und hat erhebliche Auswirkungen auf die politische und rechtliche Struktur des Landes.

www.hsfk.de/PRIF-Spotlights

PRIF BLOG

Auf dem PRIF Blog erscheinen Beiträge zu aktuellen politischen Fragen und Debatten der Friedens- und Konfliktforschung. Die Blogbeiträge erscheinen in loser Folge in Deutsch oder Englisch.

PRIF BLOG

PRIF RESEARCH INSTITUTE FRANKFURT/LEHRSTUHL FÜR POLITIK, FRIEDENS- UND KONFLIKTFORSCHUNG

<https://blog.prif.org/>

PRIF Reports und PRIF Spotlights sind Open-Access-Publikationen und können kostenlos auf www.hsfk.de heruntergeladen werden. Sie möchten die digitalen Ausgaben abonnieren? Bitte wenden Sie sich an: publikationen@hsfk.de.

www.facebook.com/HSFK.PRIF

www.twitter.com/HSFK_PRIF

<https://blog.prif.org/>

Gefördert durch:



Bundesministerium
des Innern, für Bau
und Heimat

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

PrEval

Evaluationsdesigns für Präventionsmaßnahmen –
Multimethodische Ansätze zur Wirkungsermittlung und
Qualitätssicherung in der Extremismusprävention sowie den
Schnittstellen zur Gewaltprävention und politischen Bildung

JULIAN JUNK // SVETLA KOYNOVA //
VIVIENNE OHLENFORST // MAXIMILIAN RUF //
LEA SCHEU

EVALUATION UND QUALITÄTSSICHERUNG IN DER KOOPERATION SICHERHEITSBEHÖRDLICHER UND ZIVILGESELLSCHAFTLICHER AKTEURE IN DER SEKUNDÄREN UND TERTIÄREN EXTREMISMUSPRÄVENTION

Die Kooperation von zivilgesellschaftlichen und sicherheitsbehördlichen Akteuren in der Extremismusprävention und deren Evaluation stellen eine besondere Herausforderung dar. Hier treffen sehr unterschiedliche Akteure mit höchst unterschiedlichen Konzepten und Arbeitsweisen aufeinander. Weitere Anforderungen erwachsen aus dem Datenschutz und aus verschiedenen Aspekten von Vertraulichkeit und Geheimhaltung.

Wie kann Evaluation dazu beitragen, einen vertrauensvollen, respektvollen und konstruktiven Umgang zu entwickeln, in dem praxisrelevante Ergebnisse unter den beteiligten Akteuren ausgetauscht, reflektiert und gesichert werden? Und welche Möglichkeiten und Herausforderungen verbinden Kooperationsakteure mit Evaluation? Auf der Basis von 40 semi-strukturellen Interviews gehen die Autor:innen diesen Fragen nach, strukturieren die erfragten Bedarfe und leiten daraus Empfehlungen für die Fachpraxis, die Forschung, sowie Politik und Verwaltung ab.